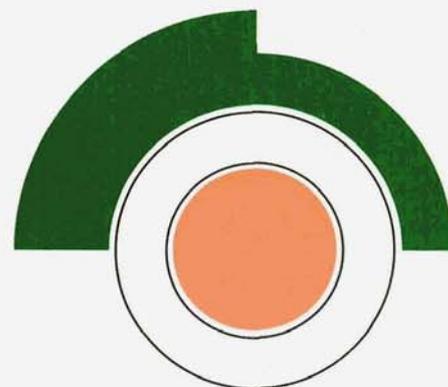


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 19. 3. 1996

WORT UND WIDERWORT

Sollen Arbeitsplätze in Privathaushalten gefördert werden?

Die Einbindung bislang ungesicherter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in das System sozialer Sicherung dürfte erheblich zur Entlastung der Sozialfonds beitragen und könne helfen, Altersarmut zu vermeiden. Daneben käme man auch dem Anspruch nach besseren Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein entscheidendes Stück näher. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Michael Scheffler**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, die privaten Haushalte böten durchaus Chancen für neue Arbeitsplätze, wenn die steuerlichen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen würden. Die CDU sage: Ein privater Haushalt, der Menschen regulär beschäftige, müsse wie jeder andere Arbeitgeber behandelt werden. Nur so entstehe ein gemeinsames Interesse von Beschäftigten und arbeitgebenden Haushalten. Die Grüne-Abgeordnete **Marianne Hürten** bekräftigt, man sei der Auffassung, daß die Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf die sogenannten 590-Mark-Jobs eine wichtige Grundvoraussetzung sei. Mit der Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf drei Millionen geringfügig Beschäftigte würden Ansprüche nach dem Arbeitsförderungs-gesetz und Rentenansprüche gesichert und in Privathaushalten echte Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Seite 2

Aktuelle Stunde zum Thema „Bündnis für Arbeit“ Warnung vor Scheitern der Initiative

Das „Bündnis für Arbeit“ war Gegenstand der Aktuelle Stunde des Landtags am 15. März. CDU und SPD hatten zu diesem aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

„Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist ein Bündnis gegen Arbeit“, stellte für die CDU Herbert Reul fest. Das „fahrlässige Handeln“ der Landesregierung, die „Bremsmanöver“ des grünen Koalitionspartners und das Klima der Unsicherheit im Lande verhinderten, daß hier das Bündnis für Arbeit stattfinde. Bodo Hombach (SPD) warnte eindringlich davor, das Bündnis für Arbeit zu einem Modethema oder zu einer Inszenierung kleinzureden: „Hier muß endlich und faktisch an dem gearbeitet werden, was die Gewerkschaften vorgelegt haben.“ Mit dem Gelingen oder Scheitern des Bündnisses stehe unser ganzes System auf dem Prüfstand. Das Gerede von der Standortgefährdung entbehre jeder Grundlage, stellte Daniel Kreutz (Grüne) fest. Die Arbeitnehmer erwiesen sich zunehmend als nicht willens und unfähig, für mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) appellierte, von den „großen Sprüchen“ endlich zu Hand-

lungen zu kommen und das Bündnis nicht polemisch zu zerreden, wie das die CDU tue. Seit dem Vorschlag von Klaus Zwickel sei die Entwicklung in Politik und Wirtschaft „überaus enttäuschend“.



Frau Courage im Fortschritt

Die Woche im Landtag

Landeshaushalt

Der Landtag hat nach kontroverser Aussprache in zweiter Lesung grünes Licht für den Landeshaushalt 1996 gegeben. (Seite 3)

Faschismus

Bei einer Experten-Anhörung im Hauptaus-schuß ist der Vorwurf des Faschismus gegen die Scientology Church laut geworden. (Seite 9)

Frauentag

„Ausländische Frauen in NRW“ war das Motto der Veranstaltung des Landtagspräsidenten zum 85. Internationalen Frauentag. (Seite 10)

Abstimmung

Dem Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministers stimmte die Grünen-Sprecherin im Ausschuß zu, kündigte aber Enthaltung im Plenum an. (Seite 13)

Auslastung

Das Land will nicht zulassen, daß NRW-Schlachthöfe wegen brachliegender Kapazitäten in neuen Bundesländern stillgelegt werden. (Seite 15)

Zeitungen

Vor 50 Jahren hat sich mit neuen Zeitungen die Presselandschaft an Rhein und Ruhr formiert. (Seite 17)

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Arbeitsplatz Privathaushalt aus Grauzone herausheben

Von
Michael Scheffler

Für den Bereich der haushaltsbezogenen Dienstleistungen existiert ein Arbeitsmarkt. Die Zahl der Haushaltshilfen in privaten Haushalten ist von 1987 bis 1992 um über 28 Prozent auf mehr als 730 000 gestiegen. Die tatsächliche Zahl muß jedoch erheblich höher angesetzt werden. Der Arbeitsmarkt in diesem Bereich ist also weitgehend grau.

Anzunehmen ist zumindest mittelfristig sogar eine weiter steigende Nachfrage nach haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Auf der einen Seite kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß eine Wechselbeziehung besteht zwischen einem gestiegenen Qualifikationsniveau bzw. einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und einer sinkenden Bereitschaft, die verbleibende freie Zeit mit unbezahlter Hausarbeit zu verbringen.

Auf der anderen Seite bietet die demographische Entwicklung, also der ständig steigende Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft, einen Faktor, durch den die Nachfrage nach Dienstleistungen im privaten Haushalt konstant zunehmen dürfte. Was spräche also gegen eine Heraushebung des Arbeitsplatzes Privathaushalt aus der Grauzone? Zunächst einmal stellen die bestehenden steuerlichen Regelungen einen erheblichen Hemmschuh dar: Ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis kann erst ab einem Jahreseinkommen von DM 120 000 steuerlich abgesetzt werden. Steuerprivilegien gelten somit nur für einen kleinen besonders einkommensstarken Personenkreis. Notwendig ist zunächst eine steuerliche Begünstigung auch der Haushalte, die über ein geringeres Einkommen verfügen. Das derzeit in Frankreich

Von
Hermann-Josef Arentz

Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werden wir nur dann erzielen, wenn wir viele Wege gleichzeitig gehen. Einer dieser Wege heißt, aus vorhandener Arbeit reguläre Arbeitsplätze zu machen. Konkret: In privaten Haushalten wird bereits heute ein hohes Maß an bezahlter Arbeit geleistet; reguläre Arbeitsplätze sind daraus kaum entstanden. Rund 725 000 sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse existieren in den privaten Haushalten – aber noch viel mehr Frauen und Männer arbeiten „schwarz“ für zehn, elf oder zwölf Mark pro Stunde bar auf die Hand. Das zeigt: Die privaten Haushalte bieten durchaus Chancen für neue Arbeitsplätze, wenn die steuerlichen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir sagen: Ein privater Haushalt, der Menschen regulär beschäftigt, muß wie jeder andere Arbeitgeber behandelt werden. Nur so entsteht ein gemeinsames Interesse von Beschäftigten und arbeitgebenden Haushalten.

Das Modell der Dienstleistungsschecks, das seit 1994 in Frankreich praktiziert wird, scheint uns ein interessanter Lösungsweg

Von
Marianne Hürten

Sollen Arbeitsplätze in Privathaushalten gefördert werden? Lassen Sie mich die Frage umformulieren: Wie können wir es schaffen, daß die vielen ungeschützten, oft nur wenige Stunden umfassenden Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten in sozialversicherte Arbeitsverhältnisse mit akzeptablen Einkommen umgewandelt werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, daß die Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf die sogenannten 590-Mark-Jobs eine wichtige Grundvoraussetzung ist! Nur Bagatellarbeitsverhältnisse, etwa unter 80 Mark im Monat, dürfen ohne Versicherungsschutz bleiben. Mit der Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht auf etwa 3 Millionen (manche Berichte sprechen sogar von 8 Millionen) geringfügig Beschäftigte würden nicht nur den Betroffenen endlich Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz und Rentenansprüche gesichert. Nein, darüber hinaus ist das die einzige Möglichkeit in Privathaushalten echte, eben sozialversicherte Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Wir wissen, die Betroffenen sind überwiegend Frauen, die zwar als Familienangehörige krankenversichert sind, aber weder die Chance auf Arbeitslosengeld oder -hilfe,

SPD: Arbeitsverhältnisse aus der Grauzone herausholen

erprobte Modell der Dienstleistungs-Schecks scheint ein positives Beispiel, da zum einen 50 Prozent der an Haushaltshilfen gezahlten Löhne steuerlich absetzbar sind, zum anderen automatisch Arbeitgeberanteile an die Sozialversicherung abgeführt werden. Es ergeben sich sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Der „Ausstieg aus der Grauzone“ bietet somit nicht nur der „Arbeitgeberseite“ (private Haushalte), sondern vor allem auch der Arbeitnehmerseite (Haushaltshilfen) erhebliche Vorteile. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Bereich der privaten Haushalte bieten nämlich eine Möglichkeit, auch solche Arbeitnehmergruppen wieder in den (ersten) Arbeitsmarkt zu integrieren, für die eine Rückkehr ansonsten kaum möglich erscheint. Durch den Ausbau des Angebots an haushaltsbezogenen Dienstleistungen können sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für sogenannte Problemgruppen des Arbeitsmarktes geschaffen werden (wenig qualifizierte, Lernungswohnende, Ältere etc.). Damit würde zum einen der Forderung nach mehr (abgesicherten) Arbeitsplätzen entsprochen. Die Einbindung bislang ungesicherter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in das System sozialer Sicherung dürfte erheblich zur Entlastung der Sozialfonds beitragen und kann helfen, Altersarmut zu vermeiden. Daneben käme man auch dem Anspruch nach besseren Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein entscheidendes Stück näher.

Derzeit wird durch die Landesregierung die Konzeptionierung und Begleitung sogenannter „Dienstleistungspools“ vorangetrieben, die gegenüber den Dienstleistungskräften als Arbeitgeber fungieren, gegenüber den Nachfragern eine Art Agentur darstellen und qualifizierte Dienstleistungen vermitteln.

CDU: Chance zur sozialen Absicherung

zu sein. Über Sozialagenturen wird Beschäftigten im Haushalt ein vollständiger sozialer Schutz durch Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosen- und Rentenversicherung gewährt. Bezahlt wird mit einem Dienstleistungsscheck, der sowohl Arbeitsvertrag, Lohnbescheinigung als auch Erklärung gegenüber Sozialversicherungsträgern ist.

Dieser Dienstleistungsscheck kann beispielsweise für die Einstellung und Bezahlung von Hauspersonal, für Kindermädchen oder die nicht medizinische Betreuung von alten, kranken und behinderten Angehörigen benutzt werden. Ein Haushalt kann so mehrere Personen beschäftigen, und die wiederum können in mehreren privaten Haushalten arbeiten (Poolmodell).

Wir sind der Auffassung, daß es sinnvoll ist, ein vergleichbares System auch bei uns einzuführen. Denn damit erhielten die heute meist geringfügig oder „schwarz“ Beschäftigten die Chance zur sozialen Absicherung. Auf diese Weise sollen nach seriösen Schätzungen bis zu 50 000 neue reguläre Arbeitsplätze entstehen. Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb mit einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, sich für dieses Ziel einzusetzen.

GRÜNE: Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht

noch auf Umschulungsmaßnahmen, noch auf auch nur annähernd existenzsichernde Renten erwerben. Aber auch mit der Ausdehnung der Sozialversicherungspflicht bleibt es Realität, daß in vielen Haushalten nur für wenige Stunden in der Woche eine Hilfe benötigt wird. Hier können Dienstleistungspools eine Abhilfe sein. Wir können uns hier unterschiedliche Modelle vorstellen, ob als Genossenschaft, als Beschäftigungsinitiative oder in Kooperation verschiedener Träger auf kommunaler Ebene. Wichtig ist uns, daß es gelungen ist, im Landeshaushalt 500 000 Mark einzustellen, nicht nur zur Erarbeitung einer Expertise, nein, auch zum Erproben von modellhaften Dienstleistungspools.

Herr X braucht einmal in der Woche eine Hilfe, die seine Hemden bügelt; Frau Y schafft es nicht mehr, ihre Fenster selbst zu putzen und Familie Z ist mit den drei Kindern und dem großen Haus beim Hausputz überfordert. Alle können ohne schlechtes Gewissen, ohne bürokratischen Aufwand bei der „Genossenschaft Blitzblank, sauber und glatt“ eine Haushaltshilfe für den jeweils persönlichen Bedarf anfordern. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen sind sozialversichert, im zeitlichen von ihnen gewünschten Umfang zu tariflichen Bedingungen beschäftigt. Aus unserer Sicht eine prima Idee, die endlich umgesetzt werden muß.

P. S.: Unter solchen Bedingungen sind wir dann auch bereit über Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit zu reden.

Bei 2. Lesung des Haushalts 1996 Suche nach Auswegen aus der Krise

Sorgen um die Arbeitslosen und den Standort NRW



Politik bei knappen Finanzen: v. l. Laurenz Meyer (CDU), Loke Mernizka (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE), Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen (SPD) und CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen.
Fotos: Schälte

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 13. und 14. März den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes für das Haushaltsjahr 1996 in zweiter Lesung beraten. Das Beratungsverfahren begann am Mittwoch, 13. März, mit dem Einzelplan 08 des Wirtschaftsministers und schloß am Donnerstag, 14. März, mit dem Einzelplan 20 „Allgemeine Finanzverwaltung“. Die angespannte Finanzlage von Land und Gemeinden, die hohe Arbeitslosigkeit und Krisenerscheinungen nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf anderen Sektoren u. a. im Kulturbereich kennzeichneten die Aussprache. Mehrfach wurde zu gemeinsamen Handeln aufgerufen. Abgeordnete setzten allerdings auch positive Zeichen. Mit der „Gründeroffensive“ zum Beispiel wurden viele Hoffnungen verbunden. Grundlage der Debatte war außer dem Haushaltsgesetz das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996. Landtagsvizepräsident Dr. Ulrich Klose wies eingangs darauf hin, daß noch vier Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN auf den Tisch gekommen seien. Zuvor hatten bereits 16 Änderungsanträge vorgelegen. Die Grünen kündigten bereits zu Beginn der Debatte an, daß sich elf ihrer Abgeordneten beim Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr der Stimme enthalten würden. In diesem Abstimmungsverhalten schlugen sich die Differenzen wegen der künftigen Verkehrspolitik u. a. im Fall des Dortmunder Flughafens nieder. Der Etat 1996 insgesamt wurde in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalition von SPD und Grünen angenommen.

Wirtschaft, Mittelstand

Das Bemühen um eine Wirtschaftspolitik, die vor allem zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen kann, kennzeichnete die Debatte über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums. In namentlicher Abstimmung votierten 115 Abgeordnete mit Ja, 87 mit Nein, elf enthielten sich.

Laurenz Meyer (CDU) erklärte, man führe die Debatte vor dem Hintergrund, daß inzwischen in Duisburg und Dortmund höhere Arbeitslosenzahlen als in Dresden und Leipzig seien. Man habe zum Ende 1995 in Duisburg 15,9 und in Dortmund 15,1 Prozent Arbeitslosigkeit, und an der Stelle würden in diesem Lande Reden darüber geführt, wie bewußt Arbeitsplätze vertrieben würden, statt neue anzusiedeln. Man habe die Situation, daß NRW auch 1995 mit plus 1,3 Prozent Wachstum an vorletzter Stelle in der ganzen Bundesrepublik gelegen habe. Man habe eine Selbständigenquote, die weit niedriger sei als im Bundesgebiet. Der Abgeordnete fuhr fort, es gebe in diesem Land offensichtlich zwei Sorten von Wirtschaftspolitik in den Köpfen: Die einen hätten mit der Arbeit überhaupt nichts zu tun, und die anderen stünden noch etwas näher am Arbeitnehmer, und wüßten um dessen Sorgen. Er schlug vor, die Möglichkeit zu schaffen, bei knappen Mitteln die Verkehrsinfrastruktur auszubauen, und

zwar in der Reihenfolge: Schienen, Flughäfen, Straßen. „Und lassen Sie uns kümmern um Gentechnik und Biotechnik, um Informationstechnologie, um den Chemiestandort, um Garzweiler“, bekräftigte Laurenz Meyer.

Loke Mernizka (SPD) rief angesichts von 843 000 Arbeitslosen und 25 000 jungen Leuten unter 25 Jahren, die keine Arbeit hätten, dazu auf, gemeinsam zu handeln. Der zur Diskussion stehende Haushalt gebe diese Handlungsfähigkeit und Handlungsmöglichkeit her, „1,2 Milliarden Mark im Wirtschaftshaushalt, das ist schon etwas“, folgerte der Abgeordnete. Davon 324 Millionen Mark für die „Gründungsinitiative“. Unter Hinweis darauf, daß die CDU einen Erhöhungsantrag zurückgenommen habe, meinte Mernizka: „Wir sind gar nicht so weit auseinander, wie man aus den Reden vor der Öffentlichkeit eigentlich meinen könnte.“ Man wolle, daß mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt würden. Man wolle, daß die 25 000 Jugendlichen eine Qualifizierungschance bekämen, denn 80 Prozent von ihnen seien nicht qualifiziert. Gemeinsam habe man in diesem Haushalt auch ein Projekt, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. „Wir wollen, daß wir ehrlich miteinander umgehen, weil Ehrlichkeit, Klarheit und Wahrheit letztlich nur dazu führen, die wirtschaftliche Krise zu überwinden“.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) betonte, Ziel einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik

müsse es sein, die Unternehmertätigkeit im Lande zu fördern und gleichzeitig dem Interesse der Gesellschaft an sozialer Sicherheit und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu entsprechen. Weitere Rahmenbedingungen müßten hinzukommen. Man wolle ein solides Sozialversicherungssystem, das Angebot bestimmter öffentlicher Güter und die steuerliche Integration der Kosten des Umweltverbrauchs. Besonders hoch setzte die Sprecherin die Meistergründungsprämie als Instrument für die Unterstützung der vielen tausend in NRW anstehenden Betriebsübernahmen an. Zum Flughafen Dortmund meinte sie, er habe nur eine rentierliche Ausbauposition, wenn dort in Zukunft auch Tourismusverkehr abgewickelt werde. NRW habe aber heute schon genügend Tourismusflughäfen. Dieses Land werde von einem dichten Netz von Regionalflyern überzogen. Ein weiterer Ausbau nur für den Geschäftsverkehr sei deshalb überflüssig.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) meinte, die Polemik des CDU-Sprechers führe „ein Stück weit an der Wirklichkeit vorbei“. Er bedaure, daß es in der Frage des von der IG Metall vorgeschlagenen Bündnisses für Arbeit mit Gesamtmittel bis heute nicht zu einer Verständigung gekommen sei, obwohl man in der Bundesrepublik allen Grund hätte, der Gewerkschaft für ihr Angebot „auf Knien zu danken“. Der Minister sagte voraus, daß man mit der Gründungsinitiative Nordrhein-Westfalen, getra-

gen von einem breiten Konsens mit den Beteiligten, die unternehmerischen Strukturen im Lande „von Grund auf“ verändern werde. Dafür seien im Haushalt 324 Millionen angesetzt, hinzu kämen über 150 Millionen an Haftungsfreistellungen — das alles sei ein Instrument, „das es in der Bundesrepublik noch nicht gibt“. Polemik sei auch nicht angebracht bei den Anstrengungen der Landesregierung, junge Leute in Ausbildung zu bringen. Was die Investitionen angehe, so sei NRW den anderen Ländern zumindest gleichrangig und nicht im Rückstand, wie die CDU behaupte. Fünf der zehn größten deutschen biotechnologischen Unternehmen hätten ihren Sitz im Lande. Bei den Flughäfen des Landes sei man in einem Abwägungsprozeß, bei dem die SPD aber nicht hinnehmen könne, daß dadurch Arbeitsplätze verlörensingen, sie hätten ebenso Priorität wie der Gesichtspunkt internationaler Flugverbindungen, betonte der Minister und wies darauf hin, daß man angesichts steigenden Güterverkehrs mit der derzeitigen Straßenstruktur, die ohnehin bei den Bundesstraßen und Bundesautobahnen die dichteste in ganz Deutschland sei, nicht auskommen werde, auch wenn man sich anstrengt, Güter von der Straße auf die Schiene zu verlegen.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, unterstellte dem Wirtschafts- und Verkehrsminister, daß er nicht über die Zustimmung der Koalition verfüge, sondern sich im Dissens zu den Grünen befinde. Das habe der CDU-Sprecher herausgearbeitet — und das sei keine Polemik. Die Existenzgründungsoffensive sei der einzige positive Punkt in der gesamten Bilanz des Ministers gewesen. In der Frage der Ausbildungsplätze sei man gleicher Meinung. Aber man müsse auch sehen, daß in der Zeit des Ministerpräsidenten Rau die Investitionsquote im Landeshaushalt von 22 auf elf Prozent zurückgegangen sei; damit habe die SPD dem Gegenwartskonsum den Vorrang gegenüber den Interessen der nächsten Generation und dem Interesse an Arbeitsplätzen eingeräumt. Linssen: „Das ist mit uns nicht zu machen.“ Mit Leuten, die die Standortdiskussion als Ideologie bezeichneten und von der „Standortlüge“ sprächen, könne man keine gemeinsame Politik machen, die Grünen seien der SPD ein Klotz am Bein — „und damit wird diesem Land Nordrhein-Westfalen Zeit gestohlen, und das ist, was mich ärgert“. Der Ministerpräsident sollte endlich von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen.

Bodo Hombach (SPD) hielt der CDU vor, sie sehe „wider besseres Wissen“ das Land am Ende der Entwicklung. Zum Haushalt selbst werde nicht geredet, bisher habe er nur „Schimpfe“ gehört. Hombach: „Dieser Haushalt ist nämlich ein Zeichen der ökonomischen Vernunft, er beinhaltet das größte Wachstum aller Einzelhaushalte, und er ist wirklich geeignet, den Strukturwandel zu begleiten, zu forcieren und zu beschleunigen“. Er habe neben der Regionalisierung eine deutliche branchenorientierte Förderung, kurz: „Der Wirtschaftshaushalt kann sich sehen lassen.“

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) warf der CDU vor, mit ihrer Ablehnung, die Überstunden zu reduzieren, sei sie maßgeblich verantwortlich für die Massenerwerbslosigkeit im



Unterschiedliche Sicht der Verkehrsprobleme: v. l. Günter Langen (CDU), Heinz Hunger (SPD) und Peter Eichenseher (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Land. Darum sei man auch gezwungen, den zweiten Arbeitsmarkt zu stärken. Ironisch bescheinigte er der Union eine „beeindruckende Bilanz der Wertschöpfung“ und nannte unter anderem als Beispiele jeweils sieben Milliarden „Wertvernichtung“ bei Schnellem Brüter und Hochtemperaturreaktor. Die Aufgabe liege darin, von Subventionsgräbern und Investitionsruinen wegzukommen und zu einer „vernünftigen, vorausschauenden und intelligenten Industrie- und Beschäftigungspolitik zu gelangen“. Wer dabei das „platte Arbeit, Arbeit, Arbeit in den Raum stellt und damit suggeriert, er könne Beschäftigung auf diese Art und Weise schaffen, der geht in die Irre und macht genau das Falsche“. Busch kündigte an, daß er sich bei der Abstimmung über den Etat des Wirtschaftsministers enthalten werden.

Laurenz Meyer (CDU) fand, man könne es sich nicht leisten, „Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt abzuschaffen, um sie dann im zweiten Arbeitsmarkt mit staatlichem Geld wieder aufzubauen“. Das sei die eigentliche Kernfrage. Zum Steinkohlebergbau führte er aus, daß bis zum Jahre 2005 die Option einer Fortführung offenzuhalten sei. Es sei falsch, wie das Dr. Busch getan habe, den Bergleuten 50 000 Mark auf die Hand geben zu wollen, um sie ziehen zu lassen. Den Streit um die 20 Millionen für den Flughafen Dortmund nannte er Kasperei, die man im Interesse der arbeitenden Menschen beenden sollte. Auch auf anderen Gebieten bleibe seit einem Jahr alles liegen, und die wichtigen Dinge würden nicht angegangen von dieser Koalition. Sie solle „Klarheit schaffen“.

Irmgard Schmid (SPD) warnte die CDU-Fraktion davor, die Wirtschaft „kaputtzureden“. Der erste Arbeitsmarkt sei die wichtigste zu bewältigende Aufgabe, aber man müsse auch zur Kenntnis nehmen, wie der „graue Arbeitsmarkt zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen funktioniert“. In Wahrheit sei niemand der nordrhein-westfälischen Wirtschaft näher als die SPD, erklärte sie, ein gutes Beispiel für die Kooperation sei die Gründungsoffensive: Hier passiere etwas, und hier im Mittelstand entstünden die Arbeitsplätze.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) rief die Bundesregierung auf, in der

Beschäftigungspolitik endlich tätig zu werden. „Plakatdiskussionen“ über den ersten und zweiten Arbeitsmarkt fand der Minister „müßig“, solange es nicht gelinge, den Menschen eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen. Es gebe keinen Zweifel daran, daß man sowohl in der Energie- als auch in der Verkehrspolitik eine ökologische Umsteuerung benötige. Das heiße aber nicht, daß die vorhandene Verkehrsstruktur nicht auf den bestmöglichen Stand zu bringen sei. Die Kunst bestehe eben darin, „in einem hochindustrialisierten Wirtschaftsstandort wie NRW das zu erhalten, was ist, das zu sichern, was ist, und neue Wege zu gehen“.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) sagte in einem weiteren Beitrag: „Ich glaube, diese Landesregierung ist in der Wirtschaftspolitik in den weiten Feldern, wo wir uns einig sind, durchaus handlungsfähig“. Sie habe gezeigt, daß es eine zukunftsorientierte Perspektive für einen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen gebe, der auf dem Rücken von vielen kleinen und mittleren Unternehmen auch auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Perspektive habe.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte: „Wir haben nach meiner Einschätzung eine sich zuspitzende ökonomische und soziale Krise in der Bundesrepublik Deutschland. Jeder, der darüber herunredet und daran vorbeiredet, verkennt die wirkliche Lage und den Ernst der Situation.“ Der Fraktionschef wies darauf hin, in den letzten vier Jahren habe man aus der Bundesrepublik Deutschland heraus 1,2 Millionen Arbeitsplätze exportiert und in den letzten vier Jahren allein in NRW trotz großer Kraftanstrengungen der Landespolitik über 360 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Wenn dieses Tempo der ökonomisch/sozialen Krise mit Steigerung der Massenarbeitslosigkeit weitergehe, stellten sich ernsthafte Fragen an die Sicherung unserer Sozialsysteme. Deshalb sei die zentrale Frage an die Bundes- und an die Landespolitik: Wie schaffe man möglichst schnell für möglichst viele Menschen Erwerbsarbeit und ordentliche Beitragszahler für die Sozialsysteme. Man habe Genehmigungsverfahren zu kürzen. Eine Position beginnender prinzipieller Technikfeindlichkeit könne man sich, wenn man Hochlohnland bleiben wolle, auch ansatzweise nicht leisten. Man dürfe klarer Signale für diejeni-

gen, die Wirtschaft im Lande gestalteten, und für diejenigen, „die wir dringend von außen brauchen, damit mehr und neue Arbeitsplätze bei uns im Lande geschaffen werden“.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, unterstrich: „Wenn wir über Infrastruktur sprechen, dann begrüße ich es ausgesprochen, daß der Wirtschaftsminister klargemacht hat, daß Infrastruktur etwas mit Arbeitsplätzen zu tun hat. Einen Standort für Investoren attraktiv zu machen, ist das, was wir müssen.“ Natürlich stünden auch Wachstumskonzepte für Flughäfen immer unter der Bedingung, daß man versuche, mit Lärminderungsmodellen auch die Interessen der Anrainer, der umliegenden Bevölkerung zu wahren. Ansonsten sei so etwas nicht zu machen. Aber in dem Grundverständnis, daß man moderne Technik einsetzen müsse, um Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, egal, ob es Verschmutzung, Lärm oder sonstiges sei, gebe es hier im Hause sehr unterschiedliche Meinungen, und das sei auch das Kreuz dieser Koalition.

Gisela Nacken (GRÜNE), Sprecherin ihrer Fraktion, erklärte zum Problem des Flughafens Köln/Bonn, dort sei eine Entwicklung im Gange, die 1988 angefangen habe, als sich dort Transportunternehmen niedergelassen hätten, die in der Nacht flögen. Den Grünen gehe es darum, zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der Unternehmen, die an diesem Flughafen seien, dem Flughafen in dieser Region und den Anwohnerinnen und Anwohnern zu kommen. „Das ist doch nicht mehr als billig. Das ist ansonsten ein Eingriff in die Grundrechte dieser Menschen.“ Es gehe nicht um die Vernichtung von Arbeitsplätzen. „Das ist uns in den letzten Tagen gerade wegen des Weggangs von TNT sehr stark angelastet worden.“ Die Sprecherin merkte an: „Der Weggang von TNT war klar, bevor es ein Wort von uns in der Koalition zum Nachtflug gegeben hat.“

Klaus Matthiesen (SPD) meldete sich noch einmal zu Wort, weil „Herr Linssen meinte, er müsse den Ministerpräsidenten während dessen Abwesenheit hier kritisieren“. Er betonte: „Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, daß solange Sie hier reden und das vortragen — auch mit Attacken — Clement und ich durchaus in der Lage sind, damit allein fertig zu werden.“

Siegfried Martsch (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie ergötze sich daran, hier Kasperle-Theater zu machen, weil sie selbst nichts anzubieten habe. Von den vier Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik hätten die Grünen nicht einen einzigen zu verantworten.

Verkehr

Der Bereich Verkehr im Einzelplan 08 löste wie im Teilbereich Wirtschaft die Enthaltungen von elf Abgeordneten der Grünen bei der namentlichen Abstimmung aus.

Günter Langen (CDU) hielt den Verkehrshaushalt für den Beweis, daß die Regierung Rau/Höhn Arbeitsplätze vernichte. Die Grünen seien zum Job-Killer Nummer eins



Die Meldung über die Partnerschaft zwischen den Städten Köln und Bethlehem hatte erst am Morgen in den Zeitungen gestanden. Am Nachmittag war der Bürgermeister der biblischen Stadt, Elias Freij (3. v. r.), bereits zu Besuch im Landtag. Freij, seit 24 Jahren Bürgermeister von Bethlehem und gleichzeitig Tourismus-Minister Palästinas, wurde vom Kölner Oberbürgermeister und SPD-Landtagsabgeordneten Norbert Burger (2. v. r.) sowie dem ehemaligen Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski (3. v. l.) begleitet. Foto: Schälte

geworden. Die Umschichtungen von 200 Millionen Mark aus dem Investitions- in den konsumptiven Bereich vernichteten weitere Arbeitsplätze im Straßen- und Tiefbau. Der Verkehrsetat diene Rot-Grün als finanzpolitischer Steinbruch. Im Straßenbau seien durch Grünen-Druck doch noch 30 Millionen Mark gekürzt worden. Langen zitierte die Firma Eurowings zum Ausbau des Flughafens Dortmund und den Bezirksplanungsrat Arnsberg zur Anbindung von Opel Bochum und erwähnte die Drohung von Grünen an die Frachtunternehmen Köln/Bonn. Das schaffe ein Klima der Unsicherheit. Entgegen allen Beteuerungen würden die Grünen einknicken, wenn es um den reinen Machterhalt gehe. Verteuern, Verhindern und Verbieten sei Rückschritt. Statt Zukunft gebe es Auslauf.

Heinz Hunger (SPD) bekräftigte, eine wirkungsvolle Verkehrspolitik schaffe Arbeitsplätze. Keine andere Koalition werde der ökonomischen und ökologischen Herausforderung besser gerecht. Die Opposition biete doppelbödiges Politik an, indem sie in NRW Straßen fordere und sich vom Bundesverkehrsminister unterstützen lasse, der dafür keine Gelder vorsehe. Während die CDU uneingeschränkten Ausbau der Flughäfen fordere, bezeichne Frau Opladen den Kölner Betrieb als Nachtflugterror. Im Verkehrshaushalt seien jetzt drei Milliarden Mark für Eisenbahn und ÖPNV vorgesehen. An deren Umsetzung solle die CDU mitarbeiten. Die SPD stehe eindeutig zur Schienenanbindung des Flughafens Köln/Bonn.

Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt den Einstieg in eine Verkehrswende durch diesen Haushalt für möglich. 60 Millionen Mark aus dem Straßenbau würden umgeschichtet für den Schienengüterverkehr. Diese Investitionen seien sinnvoller als Straßenbau. Wirksame Maßnahmen gegen etwa 30 Streckenstilllegungen würden ermöglicht. Die Schienenerhaltung sei die wichtigste Voraussetzung und schaffe Arbeitsplätze. NRW könne zum Bahnland Nummer eins

werden. Optimale Vorlage für ein maßgeschneidertes Produkt sei die S 9. Innovative Bahntechnologie könne zum Exportschlagwer werden. In der Koalition sei Fairneß vermißt worden. Auf keinen Fall könnten die Grünen jetzt auf ein deutliches Signal der SPD verzichten. Der Posten Verkehrslandeplatz Dortmund belaste schwer.

Heinz Hardt (CDU) griff die Kürzung der Mittel für den Landesstraßenausbau von 200 auf jetzt 130 Millionen Mark auf. Die SPD habe im Ausschuß Aufstockung auf wieder 150 Millionen angekündigt, nichts sei geschehen. Sie sei als Tiger gestartet und als Bettvorleger geendet. Ministerpräsident Rau solle als Aufsichtsratsmitglied der Lufthansa Dampf machen, daß es mehr interkontinentale Linien gebe als Düsseldorf—New York. Verbindungen nach London könnten gestrichen werden, wenn es mehr Nonstopflüge gäbe. Standortnachteilig sei, wenn alles über Frankfurt, München oder Berlin gehe.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) antwortete, NRW werde seinen führenden Platz als Wirtschaftsstandort halten. Die Position der Landesregierung zum Flughafen Dortmund sei klar, es handele sich um alte Zusagen. Zur Startbahnverlängerung laufe ein normales Planfeststellungsverfahren. Bei Nachtflug in Köln/Bonn sei abzuwägen und die bestmögliche Lösung für die Anwohner zu suchen, ohne Arbeitsplätze zu verlieren. Beim Bonn-Berlin-Ausgleich seien die 500 Millionen Mark Bundeszuschuß zur ICE-Anbindung der wichtigste Erfolg gewesen. 16 000 Arbeitsplätze könnten entstehen. Bochum sei nicht vom Autoverkehr verwüstet. Die 2,2 Kilometer Autobahn seien Bundessache. Bei umweltverträglichem Verkehr sei die Senkung des Spritverbrauchs durch die Autoindustrie der wichtigste Schritt. Beim Straßenbau in NRW gehe es um Korrekturen. Die Verkehrswege müßten besser vernetzt werden. Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, schaffe keine Arbeitsplätze, sichere aber welche.

Walter Bieber (SPD) hielt dem Grünen-Abgeordneten Busch Bruch des Koalitionsvertrags bei der ICE-Anbindung Flughafen Köln/Bonn vor. „Das Bonn/Berlin-Ausgleichsgesetz ist zu respektieren“, zitierte er den Vertrag. Das sei der entscheidende Satz. Der CDU hielt er vor, faktisch ein Nachtflugverbot gefordert zu haben. Nicht einmal die Abwanderung von TNT veranlasse sie, ihren Antrag zurückzuziehen. Die Kernruhezeit sei Prüfauftrag der Koalition gewesen. Die Prüfung sei abgeschlossen. Arbeitsplätze und Gesundheit dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE) erinnerte an das Klimaschutzziel, CO₂ um 25 Prozent bis zum Jahr 2000 zu reduzieren. In diese Richtung müsse die Verkehrspolitik gehen. Es gehe um die Anteile umweltfreundlicher Verkehrsträger. Die Grünen wollten deren Vorrang. Zum Ferntourismus müsse es Alternativen geben. Fahrradwege seien ein wichtiger Baustein, um Tourismuspotentiale zu verlagern. Bei den Straßenbaumitteln lägen andere Länder unter den Quoten von NRW. „Ich gehöre zu dem Teil der Fraktion, der diesem Haushalt zustimmt“, schloß Remmel.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) hielt diesen Vergleich für nicht hilf-



Lebhafter Austausch von Meinungen und Standpunkten zwischen Opposition und Landesregierung (oberes Bild mit Hermann-Josef Arentz, CDU, l. und Sozialminister Dr. Axel Horstmann, SPD, r.), aber auch streckenweise Nuancen zwischen den Sprechern der Regierungskoalition bei der zweiten Lesung des Einzelplans 07: Wolfram Kuschke, (SPD, l.) und Daniel Kreutz (GRÜNE, r.) auf dem unteren Bild.

Fotos: Schälte



NRW. 50 JAHRE LANDTAG

Der Landtag Nordrhein-Westfalen besteht ein halbes Jahrhundert. Das offizielle Signet soll 1996 an dieses Jubiläum erinnern.

reich, da es in NRW um Ortsumgehungen und Innenstadtentlastung gehe. Den Tourismus aus dem Ruhrgebiet auf das eigene Land hin auszurichten, sei auch sein Interesse. Beim Flugverkehr gehe es aber auch um Geschäftsreisen. Verbrauchssärmere Autos zu bauen, das sei einer Industrie-gesellschaft mit viel Ingenieurwissen angemessen. Die Entwicklung beim Straßengüterverkehr sei nicht mehr verkraftbar. Werksgeleise dafür zu nutzen, sei vorteilhaft.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU) betonte, mit der Zustimmung zum Haushalt sei auch der ICE-Anschluß mit einer Verpflichtungsermächtigung von 400 Millionen Mark verbunden. Der TNT-Wegzug sei von den Grünen angezettelt worden. Die 75 Dezibel an bestimmten Meßpunkten seien eine Arbeitshypothese gewesen. Die CDU begrüße die Fluggeräte-Vereinbarung nach der Bonus-Liste zwischen dem Landes- und dem Bundesminister.

Heinz Hunger (SPD) stellte fest, die Entscheidung von TNT sei zu dem Zeitpunkt gefallen, als die CDU ihren Antrag mit Nachtflugverbot und Kernruhezeit eingebracht habe, und gehe auf das günstige Angebot von Lüttich zurück. Die CDU solle den Grünen nicht die Verantwortung dafür unterschieben, um sich reinzuwaschen.

Peter Eichenseher (GRÜNE) distanzierte sich von Äußerungen „Wahlbetrüger“ und „Entlastungslügner“ in einer Versammlung in Bochum. Die SPD solle inhaltlich die Auswertung der Nachtflughörung beginnen. Durch Einstiege in alle technischen und logistischen Möglichkeiten sollten Lösungen zur Verringerung des Nachtfluglärms gefunden werden. Wie der Staatssekretär 20 Jahre Verlängerung der jetzigen Regelung vorzuschlagen, sei nicht nur politisch, sondern auch fachlich und inhaltlich unzulässig. Die 75 Dezibel der CDU seien blanker Nonsens, eine Denkprothese gewesen. Umweltverträgliche Verkehrspolitik dürfe sich nicht von Unternehmern in den Expansionskurs drängen lassen.

Arbeit, Gesundheit, Soziales

Auf Antrag der CDU wurde über den Etat des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales namentlich abgestimmt. Das Ergebnis der Auszählung: 115 Ja-, 87 Neinstimmen und elf Enthaltungen. Damit war der Haushalt 07 in zweiter Lesung angenom-

men. Beraten hatten ihn zuvor die Abgeordneten in den drei Einzelblöcken Arbeit, Gesundheit, Soziales sowie Kinder, Jugend, Familie und Migration.

Hermann-Josef Arentz (CDU) lehnte den Etatentwurf ab: Er sei fachlich unzureichend, es fehle an Konzentration auf das dringendste Problem, die Arbeitslosigkeit, und er enthalte falsche Versprechungen für die grüne Basis, kurz: eine „Mogelpackung“. Der Sprecher rechnete vor, daß das Land nur 0,6 bis 0,7 Prozent des gesamten Landeshaushalts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgesehen habe: „Das wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.“ Er wiederholte die Kritik aus der Reihe seiner Fraktion, das Land versuche mit gepumptem Geld neue Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen, die erst im ersten Arbeitsmarkt zerstört worden seien – „so viele Arbeitsplätze, wie die GRÜNEN-Fraktion mit ihrer Politik zerstört, können Sie im zweiten Arbeitsmarkt gar nicht mehr neu schaffen“: Das sei absurd. Den Grünen hielt er noch die große Differenz zwischen früheren Forderungen aus Oppositionszeiten und dem jetzt Erreichten vor. Vor einem Jahr noch habe man 95 Millionen mehr für den zweiten Arbeitsmarkt gefordert, jetzt würden die erreichten 26 Millionen groß abgefeiert. Arentz: „Ich muß Ihnen sagen: Sie sind als Koalitionspartner schon sehr billig zu haben.“ Der Sprecher kritisierte ferner noch „unsinnige Ausgaben und Ideologieprogramme“ und sprach der SPD des Landes das Recht ab, sich weiterhin als das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ auszugeben.

Wolfram Kuschke (SPD) sagte: „Wir wollen den Sozialstaat erhalten und die solidarische Gesellschaft ausbauen.“ Das sei das Signal, das von Düsseldorf nach Bonn gehe. Der Einzelplan 07 zeige, „die Koalition hat ihre sozialpolitische Bewährungsprobe bestanden“. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe man insgesamt 1,6 Milliarden Mark aufgelegt, und im Unterschied zu anderen Ländern bediene Nordrhein-Westfalen jede Mark des Geldes, das von der Europäischen Union komme. Wenn es auch zwischen SPD und Grünen unterschiedliche Akzente gebe, so halte er fest, was mit dem Einzelplan und den Änderungsanträgen vorgelegt werde, sei eine Gemeinschaftsanstrengung der Koalition, in die jede Fraktion ihr eigenes Profil eingebracht habe. Das enthebe aber nicht der Notwendigkeit, daß sich die Koalition noch über Umbau und Fortentwicklung des Sozialstaates klar werden müsse, und nicht über den Abbau, wie er in Bonn betrieben werde.

Daniel Kreutz (GRÜNE) nannte das Ergebnis der rot-grünen Beratungen über den Sozialetat des Landes ein „Zeichen der Hoffnung“. Der Etat dieses Jahres sei im Vergleich zum Vorjahr von „sozialpolitischer Innovation“ getragen. Hier erwähnte Kreutz vor allem die Förderung sozialer Betriebe, das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ und das Modellprojekt Sozialbüros. Auch in der Drogen- und Suchtpolitik werde der Haushalt um 30 Prozent aufgestockt, 1,5 Millionen Mark mehr gebe es für Hilfen bei HIV und AIDS. Auf den Vorwurf „grüner Klientelpolitik“ sei er stolz, wenn damit Hilfen für Erwerbslose, Pflegebedürftige und Behinderte, Suchtkranke oder psychisch kranke Menschen gemeint seien.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) stellte klar, bei 4,3 Millionen Arbeitslosen sei sicher über Umbau und Reform des Sozialstaats nachzudenken; zuallererst aber müsse es darum gehen, „die selbstverschuldeten Fehler der politischen Führung in Bonn aus dem Weg zu räumen“. Denn die bewirkten, daß zehn Millionen Menschen als Beitragszahler in die Sozialversicherung ausfielen. Die Landesregierung werde daran mitarbeiten, daß das Bündnis für Arbeit Erfolg habe. Die 1,6 Milliarden für die Arbeitsmarktpolitik bedeuteten eine Steigerung um zehn Prozent — und das in einem „Sparhaushalt und in diesem finanzpolitischen Umfeld“. Diese Akzentsetzung sei nicht zu übersehen. Um zum zweiten Arbeitsmarkt keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Den wolle die Landesregierung nicht auf Dauer, weil man ihn sich auf Dauer nicht leisten könne. Es gehe aber nicht nur um 800 000 Arbeitslose, sondern auch um jene 300 000 Langzeitarbeitslosen, die nie auf eine dauerhafte Beschäftigung hoffen könnten, wenn ihnen nicht etwa durch Wiederqualifizierung unter die Arme gegriffen werde. Ihnen müßten Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zurück gebaut werden. Der Minister prägte den Begriff vom „Sozialen Lebensstandort Nordrhein-Westfalen“, den es gegen die Bonner „Abbruchpolitik“ zu wahren gelte.

Rudolf Henke (CDU) räumte ein, daß die Verbesserungen, die man auch unter Druck seiner Fraktion erreicht habe, keine Klientelpolitik seien, sondern wichtige Hilfen für Menschen in Not. Er hielt der Regierung vor, mit ihrem Rückzug aus der Krankenhausanierung und ihrer Aktion zur Frühverrentung in der Landesverwaltung treibe sie die Lohnnebenkosten in die Höhe. Im Krankenhauswesen müsse man endlich zu einem veränderten Investitionsförderungsverfahren kommen.

Horst Vöge (SPD) stimmte der Auffassung des Ministers zu, „daß der zweite Arbeitsmarkt keine Einrichtung von Dauer sein kann“. Die 1,6 Milliarden seien ein guter Ansatz zu erfolgversprechendem Handeln: „Wir tun damit mehr als die Bundesregierung.“

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) wies den Vorwurf des Treibens von Lohnnebenkosten zurück und reichte diese Kritik an den Bundesgesundheitsminister weiter, der sich zuletzt mehrmals außerhalb der vereinbarten Budgets bei den Gesundheitskosten „spendabel“ gezeigt habe. Bei der Krankenhausfinanzierung wäre es ineffizient und nicht steuerbar, wenn die eine Hand die Investitionskosten finanziert (und damit entscheidenden Einfluß auf die Kapazität ausübt) und die andere, die Krankenkassen, die Folgekosten zu übernehmen hat. Nur bei Beachtung dieses Ansatzes sei der stationäre Sektor, der bekanntlich ein Drittel der gesetzlichen Krankenversicherungsausgaben verschlinge, in den Griff zu bekommen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) lehnte im Gegensatz zum Minister den Übergang zur „monistischen Krankenhausfinanzierung“ ab, weil dadurch die Krankenkassenbeiträge um mindestens einen Prozentpunkt steigen würden — und damit auch wieder die Lohnnebenkosten. Da habe der Minister „ein Faß aufgemacht“, das in der Haushaltsberatung besser verschlossen geblieben wäre.



RAG-Mitarbeiter erläutern Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) anhand des Computers Konzeptionen ihres Unternehmens. Rechts hinten neben dem Präsidenten Vorstandsvorsitzender Professor Dr. Gerhard Neipp. Ganz rechts der SPD-Abgeordnete Loke Mernizka. Foto: Schälte

Bergbau im Strukturwandel

Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat am vergangenen Mittwoch im Beisein des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Professor Dr. Gerhard Neipp, die Ausstellung „RAG — Ein Unternehmen im Strukturwandel“ im Foyer des Landtags eröffnet. Der Präsident wies darauf hin, daß es die erste Ausstellung sei, die in der laufenden Legislaturperiode im Landtag präsentiert werde. Sie widme sich einem Thema, das nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern für das gesamte Land von großer Tragweite sei, nämlich der Strukturwandel. Das Ruhrgebiet habe seine Bedeutung ganz wesentlich der Montanindustrie zu verdanken. Mehr als hundert Jahre hätten Bergbau und Stahlindustrie die Wirtschaftskraft der Region ausgemacht. Der Beginn der Strukturkrise in den sechziger Jahren, bedingt durch die steigende Bedeutung importierter Energieträger, habe enorme Herausforderungen nicht nur an die Region, sondern an das ganze Land gestellt. Die deutsche Steinkohle habe zunehmend Marktanteile abgeben müssen mit der Folge, daß im Bereich des Bergbaus rund 350 000 Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Sicher sei man noch lange nicht am Ende. „Aber wir sind bei der Umstrukturierung des Ruhrgebietes von einer klassischen Montanregion zu einem modernen Wirtschaftsstandort ein gutes und wichtiges Stück vorangekommen“, sagte der Präsident. Zu dieser Entwicklung habe der Bergbau und vor allem die Ruhrkohle AG einen wesentlichen Beitrag geleistet. Sie sei im wahrsten Sinne des Wortes „ein Unternehmen im Strukturwandel“. Der Präsident machte dann darauf aufmerksam, daß der Bergbau eigentlich von jeher ein bedeutender Motor bei der Entwicklung neuer Technologien gewesen sei. Die deutsche Bergbautechnologie sei auch heute noch führend in der Welt. Die Ausstellung stellt laut Ulrich Schmidt die Leistungen der einzelnen RAG-Konzernbereiche wie folgt dar: Bei dem Schwerpunkt „Bergbau erhalten“ geht es um den Wirtschaftsfaktor und Technologieträger Steinkohlenbergbau. Unter der Überschrift „Flächen neu nutzen“ werden konkrete Projekte der Bereitstellung von Flächen für Neuansiedlungen vorgestellt. Über Sonnenhäuser und Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung informiert der Bereich „Energie sparen“. Über die Aktivitäten der RAG auf dem Feld des Umweltschutzes und der Entwicklung zukunftsträchtiger Umwelttechnologien gibt das Thema „Umwelt schonen“ einen Einblick. RAG-Vorstandsvorsitzender Neipp betonte in seiner Ansprache, auch die Ruhrkohle AG beteilige sich seit langem aktiv an der Umstrukturierung und Entwicklung der Bergbauregionen. „Die RAG ist Bestandteil des Wandels, wir betreiben den Wandel selbst“, stellte er fest. Voraussetzung für erfolgreichen Strukturwandel sei die Bereitstellung geeigneter Flächen für Neuansiedlungen. Die RAG stelle ihren betrieblich nicht mehr benötigten Grundbesitz zur Verfügung. Professor Neipp nannte den Bergbau einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Land. Er biete über 70 000 Menschen Arbeit. Einschließlich der Familienangehörigen seien mehr als 400 000 Menschen vom Bergbau abhängig. Zum Ruhrgebiet sagte er, seine Stärken lägen in seiner Rolle als Industriestandort. „Zu diesen Stärken müssen wir uns auch zukünftig bekennen.“ Foto: Schälte

Kinder, Jugend, Familie

Antonius Rüsenberg (CDU) stellte trotz einiger Punkte der Übereinstimmung die Ablehnung des Etats durch seine Fraktion in Aussicht. Das Land hätte vor allem zugunsten anderer und dringenderer Aufgaben bei den Kosten für Sachverständige, bei Untersuchungsvorhaben und bei der Herausgabe von Berichten sparen können. Die Landesregierung habe bei den Zuschüssen für Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Jugend- und Familienhilfe und bei

den Zuschüssen für die Fortbildung in der sozialen Arbeit gravierend gestrichen. Die CDU hätte, anders als die Koalition, bei zukunftsorientierten Aspekten der Jugend- und Familienpolitik Prioritäten gesetzt.

Bernd Flessenkemper (SPD) registrierte das hohe Maß an Übereinstimmung, das die CDU im Etat festgestellt habe. Unter den gegebenen finanziellen Verhältnissen sei die im wesentlichen erreichte Fortführung von Aktivitäten und Geld in diesem Bereich ein gutes Ergebnis der Haushaltsberatungen. Das zeige die Bemühungen seiner Fraktion, das Engagement für Kinder, Jugendliche

und Familien beizubehalten. In Bonn dagegen werde eine Politik betrieben, die trotz der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter stranguliere, „sondern insbesondere und vermehrt die Familien mit mittlerem Einkommen“. Sein Schlußsatz: „Mit einem Gesamtvolumen von fast 2,5 Milliarden Mark für kinder-, jugend- und familienpolitische Aktivitäten steht Nordrhein-Westfalen weiterhin an der Spitze.“

Ute Koczy (GRÜNE) meinte, es gebe keine bessere Investition von Haushaltsmitteln als in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen: „Was hier versäumt wird, kommt uns schnell anderswo teuer zu stehen.“ Im Verlauf der Beratungen sei es gelungen, den Landesjugendplan insgesamt noch einmal aufzustocken, ohne daß andere Bereiche im selben Haushalt dafür bluten mußten — das sei schon ein Grund für Zufriedenheit. Auch in der Familienpolitik sei es gelungen, geplante Kürzungen zumindest teilweise zurückzunehmen. Die Gesellschaft sei in eine „Schiefelage“ geraten, Kinder würden immer häufiger zum „Armutrisiko“, da müsse das Land gegen den Bonner Kurs steuern, ohne die Bundesregierung jedoch aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Die Arbeit als Lobby für Kinder und Jugendliche gehe weiter, auch wenn im Landesetat die ersten Schritte in die richtige Richtung getan worden seien.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) kündigte mit Blick auf den Ausbau der Kindergärten im Lande an, daß man bis Mitte 1998 weitere 27 500 Plätze fertigstellen werde, dann werde die Versorgungsquote 95 Prozent betragen. Ab August dieses Jahres würden vom Land Überbrückungsmaßnahmen gefördert. Fördermittel gebe es auch für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern. Eine befriedigende Versorgung sei nur bei Mut auch zu unkonventionellen Lösungen zu erreichen, betonte der Minister und kündigte die Erprobung innovativer Lösungen an. Mittel seien zudem für neue Konzepte präventiver Jugendarbeit nötig. Eckpunkte für eine zeitgemäße Jugendarbeit würden in Kürze von seinem Haus vorgelegt; hier wie in anderen Bereichen sei „Spielraum“ dringend erforderlich.

Migration

In Solingen soll ein Landeszentrum für Zuwanderung als Transfer- und Verbundstelle eingerichtet werden. Das wurde bei der Diskussion über das Thema Migration im Zusammenhang mit dem Etat des Sozialministers bekannt.

Oliver Wittke (CDU) sah im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik im rot-grünen Regierungsbündnis „mehr Schein als sein“ gegeben; dabei sei die Arbeitslosigkeit unter Ausländern doppelt so hoch wie bei Deutschen. Die Koalition wisse auf die bekannten Tatsachen nichts anderes, als mit ihren Vorschlägen im Bereich der Migrationspolitik die Verwaltung aufzublähen. Damit werde aber kein einziger neuer Arbeitsplatz für Ausländer geschaffen, es werde eher Mangelverwaltung als Integrationsgestaltung betrieben. Mit diesen Millionen werde zu wenig erreicht, es würden



Beim Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ging es auch um den Föderalismus: v. l. Lothar Hegemann (CDU), Reinhard Grätz (SPD), Ute Koczy (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).

Foto: Schälte.

falsche Akzente gesetzt und keine neuen Hilfen vor Ort geschaffen.

Vera Dedanwala (SPD) sah dagegen im Etat deutliche Schwerpunkte zur Fortsetzung der guten Integrationspolitik im Lande. Der Ausschuß für Migrationspolitik übe Pilotfunktion in Deutschland aus, diese werde mit der bevorstehenden Gründung eines Landeszentrums für Zuwanderung unterstrichen und fortgeführt. Es solle in Solingen angesiedelt werden, damit werde ein Zeichen gesetzt, denn das sei die Stadt, „die die dunkelste Stunde von Anschlägen gegen Mitbürger in Nordrhein-Westfalen erleben und erleiden mußte“.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) nannte als Grundsätze rot-grüner Migrationspolitik interkulturelle Integration, Selbstorganisation, gleichberechtigte Teilhabe und die Bekämpfung von Diskriminierungen. Der Sprecher verlangte einen Sichtwechsel: Weg von den sicher gutgemeinten Sonderdiensten hin zu einem Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten fern von sozialarbeiterischen Sondermaßnahmen. Die Menschen müßten einander nähergebracht werden; das gelinge nur, wenn die vorhandenen Ansätze nicht ständig um ihre nackte Existenz kämpfen müßten. Migration sei als positive Herausforderung zu sehen.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) dankte dem Landtagsausschuß für Migrationsangelegenheiten ausdrücklich für seine Arbeit: Hier sei eine neue Struktur geschaffen worden; die CDU sollte ihre Haltung zu diesem Ausschuß überdenken, riet der Minister. Die im Lande in den letzten Jahren aufgebaute Infrastruktur der Integrationsbemühungen habe sich bewährt, könne sich im Ländervergleich sehen lassen und sollte

Ausschuß öffentlich

In öffentlicher Sitzung hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) Anfang März den Antrag der CDU-Fraktion „Durch ‚Mobilzeit‘ Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten“ (Drs. 12/314) abschließend beraten und mit den Stimmen von SPD und Grünen, gegen das Votum der CDU, abgelehnt.

zukunftsorientiert ausgebaut werden. In der Migrationspolitik sichere das Land die Kontinuität der erfolgreichen Integrationspolitik und nehme neue Ansätze auf, um auf gewandelte Herausforderung zu reagieren. Das angekündigte Landeszentrum solle nicht selbständige Grundlagenforschung treiben, sondern sei als Transfer- und Verbundstelle für wissenschaftliche und praktische Fragen von Zuwanderung und Integration gedacht. Der Minister schloß mit einem Lob auf die nun 50jährige Arbeit der Landesstelle in Unna-Massen, die sich zu einer modernen Dienstleistungsbehörde entwickelt habe.

Ministerpräsident

Die Bandbreite der Debatte reichte vom Wissenschaftszentrum über Öffentlichkeitsarbeit der Regierung bis zu Hilfe für die Dritte Welt. Der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei wurde angenommen.

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, kritisierte, daß sich die Förderung für das Wissenschaftszentrum in den letzten neun Jahren verfünffacht habe. Im Wissenschaftszentrum habe man so delicate Institute wie das Wuppertal-Institut. Während der Haushaltsberatungen seien SPD und Grüne auf die Idee gekommen, daß man hier noch ein Symposium für 300 000 Mark veranstalten müsse, um dann sagen zu können, man habe sich ernsthaft mit der Gentechnologie befaßt. Nein, betonte der Abgeordnete, die Gentechnologie in NRW werde stiefmütterlich behandelt. Sie werde aus diesem Land verdrängt.

Reinhard Grätz (SPD) sagte zu Kritik am Stellenplan, die wenigsten wüßten, daß die Landesregierung in jedem Jahr sehr gut belegen könne, daß die Staatskanzlei im Ländervergleich geradezu kärglich ausgestattet sei. „Dies ist die Wahrheit“, unterstrich der Abgeordnete. Er sei persönlich der Meinung, daß man insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit für das Land NRW wenig tue. Grätz folgte: „Ich meine, wir tun auch deswegen zu wenig, weil der Ministerpräsident eigentlich unser bester Werbeträger ist, den wir haben“. Zum Haushalt führte er noch an, dem Planwerk der Staatskanzlei könne man mit gutem Gewissen zustimmen.

(wird fortgesetzt)

Hauptausschuß hört Experten zu Einsatz von Verfassungsschutz und Verbot

Vorwurf des Faschismus gegen Scientology Church Aber die Organisation gibt noch viele Rätsel auf

Er sei der Meinung, es handele sich um eine neue Form von Faschismus, die möglicherweise noch gefährlicher sei als die nach altem Muster, bekräftigte der SPD-Abgeordnete Reinhard Grätz. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi gab „nachdrücklich“ ihrem Einvernehmen mit Grätz Ausdruck. Auch sie halte die Entwicklung für eine neue Art von Faschismus. Ihr Fraktionskollege und Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans Ulrich Klose, meinte sogar, es handele sich nicht mehr um herkömmlichen Faschismus, sondern um eine neue Form totalitärer Erfassung der menschlichen Persönlichkeit. Das Phänomen, auf das sich die Aussagen bezogen: Scientology Church. Bei einer Sitzung des Hauptausschusses zunächst unter der Leitung des Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD), später des stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) waren sich einschließlich zweier Sachverständiger alle einig über die Gefahr, die von dieser Organisation inzwischen für die Gesellschaft und ihre freiheitlich demokratische Grundordnung ausgeht. Ob aber der Verfassungsschutz tätig werden soll, blieb bei der Aussprache in der Schwebe.

Grundlage der Diskussion unter Beteiligung des Innenausschusses und des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie war ein Antrag der CDU-Fraktion, ein Verbot der Scientology Church zu prüfen und diese unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen (Drs. 12/387/397/134). Zwei Experten wurden gehört. Der Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/Main, Dr. Hans-Gerd Jaschke, erinnerte daran, daß Scientology Church sich in Deutschland seit Anfang der 70er Jahre entwickelt habe, zunächst in der Nachfolge der Studentenbewegung. In den 70er und 80er Jahren habe die Organisation zunehmend politische Ambitionen durch Infiltration von Organisationen und Wirtschaftsunternehmen umzusetzen versucht. Jaschke beschrieb das mit vom „Fundamentalismus der Weltflucht“ zum „Fundamentalismus der Weltbeherrschung“. Laut Jaschke gehört Scientology dem Psycho-Markt an und dem Lebenshilfemarkt müsse sie auch weiter anhängen. In der politischen Zielsetzung würde sie eher verdeckt vorgehen.

Dennoch gehöre es zu den Zielen, die Gesellschaft zu verändern in Richtung des heldischen Übermenschen, wonach nur der die Welt begreifen und richtig handeln könne, der „Clear“ ist. Gegenüber der Demokratie als Prinzip habe Scientology Church eine kritische bis ablehnende Haltung. Der Privatdozent verneinte indessen nicht die Informationslücken, die allenthalben noch bestehen, ein Problem, das Reinhard Grätz mit dem Satz umriß, für ihn würden in verschiedenen Richtungen die Fragezeichen noch größer.

Jaschke räumte ein, daß die Mitgliederzahl von 30 000 nicht überprüfbar sei. Man wisse nichts über den Führungskreis. Es gebe nur fünf bis sechs seriöse Aussteiger-



Gaben als Wissenschaftler Antwort: v. l. Professor Dr. Jürgen Seifert und Privatdozent Dr. Hans-Gerd Jaschke.
Foto: Schälte

berichte. Um sie wissenschaftlich zu systematisieren, brauche man 40 bis 50 solcher Aussteigerberichte. Jaschke riet zu Aufklärung, Information und Beratung. Der Verfassungsschutz könne darauf aber kein Monopol beanspruchen. Aus pragmatischen Gründen sei es außerordentlich schwierig, Scientology Church mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Er bescheinigte allerdings der Organisation ein immanentes Gewaltpotential und sah eine Gefährdung der Gesellschaft im System der Infiltration. Er schloß: „Jede Lösung, die man treffen wird, ist problematisch.“

Psychoterror

Der Jurist und Politikwissenschaftler Professor Dr. Jürgen Seifert von der Universität Hannover zitierte den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg, Ernst Ullau, der im Januar erklärt habe, wenn der Verfassungsschutz eine neue Zuständigkeit bekommen solle für Sekten, dann müsse dieses der Gesetzgeber klar ins Gesetz hineinschreiben. Aber dann habe man einen anderen Verfassungsschutz in dieser Republik. Seifert ergänzte, eine Observation von SC durch den Verfassungsschutz sei ohne Änderung der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Voraussetzungen nur zulässig, wenn Anhaltspunkte gegeben seien, die einer gerichtlichen Überprüfung standhielten, daß SC gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sei und sich in verfassungsfeindlicher Weise, das heiße, in kämpferisch-aggressiver Form betätige. Seifert schloß, eine Observierung von SC durch Verfassungsschutzbehörden würde nichts erbringen. Er empfahl eher, den konkreten Nachweis zu erbringen, daß es innerhalb von SC eine strafgesetzliche Tätigkeit gebe, die ein Verbot begründe. Dafür aber sei nicht der Verfassungsschutz

zuständig, sondern die Kriminalpolizei. Wie wenig noch von der Scientology Church bekannt ist, machten auch Aussagen von Abgeordneten deutlich. Wolfram Kuschke (SPD) sprach von einem „weißen nebelhaften Feld“. Der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel, vermutete, daß es nur einen engen Personenkreis gebe, der von dieser Sekte wirklich angesprochen werde. Ruth Hieronymi folgte hingegen unter Hinweis auf Psychoterror auf individueller Ebene und expansiver Wirtschaftsmacht, daß eine Zielsetzung mit antidemokratischem Charakter zunehmend deutlich werde. Den Faktor Wirtschaftsmacht unterstrich auch Dr. Hans-Gerd Jaschke in einer Zwischenbemerkung. Er sagte, es gebe Hinweise, daß der halbe Hamburger Immobilienmarkt in Händen der Scientology Church sei. Er bekräftigte, daß hier Gefahren für die Gesellschaft drohten.

Der Abgeordnete Jürgen Jentsch (SPD) warf die Frage auf: „Wie gehen wir gegen die Organisation vor?“ Man solle in den Parlamentsausschüssen überlegen, welche Mittel zu entwickeln seien. Heinrich Meyers (CDU) berichtete von einem Gespräch mit einem Renegaten, der sich gegen ein Verbot aber eindeutig dafür ausgesprochen habe, die Zielsetzung durch den Verfassungsschutz observieren zu lassen, sonst bestehe die Gefahr, daß sich etwas aufbaue, was nachher nicht mehr beherrschbar sei. Jaschke wies den Begriff Kirche (Church) im Zusammenhang mit SC weit von sich. Es sei ein Anbieter im Psychomarkt mit politischen Ambitionen. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer, stellte fest, für sie sei unstrittig, daß es sich bei SC um eine politische und verfassungsfeindliche Organisation handele. Abschließend folgte Dr. Hans-Ulrich Klose, er habe den Eindruck, daß die Beurteilung durch die Wissenschaftler „unter den gleichen Schwierigkeiten leidet wie unsere Einschätzungen“.



Landtagsvizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose beim Auftakt zum 85. Internationalen Frauentag im Landtag.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Vizepräsident Dr. Klose daran, daß in diesem Jahr der Internationale Frauentag zum 85. Mal stattfindet: „Am 19. März 1911 demonstrierten mehr als eine Million Frauen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Dänemark für ihr Recht auf volle politische Mündigkeit.“ In einem Flugblatt habe es geheißen: „Die Frau des 20. Jahrhundert ist politisch mündig geworden und trutzig fordert sie ihre Staatsbürgerrechte!“ Inzwischen sei der 8. März weltweit ein Tag der Solidarität für gleiche und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen geworden, ein Tag, der in aller Welt als Symbol für die Stärke von Frauen gelte. Die Utopie bleibe lebendig, sagte Dr. Klose: eine von Ausbeutung, Kriegsdrohung und Kriegen freie Gesellschaft, in der Frauen wirtschaftlich und psychisch vom Mann unabhängig, selbstbestimmt leben könnten. Landtagsvizepräsident Klose verband „das breite Frauenbündnis von organisier-



Spanischer Flamenco sorgte für feurige Rhythmen auf der Aktionsbühne im Foyer.

Ausländische Frauen im Landtag

Diskussion mit Michiko, Beshid und Elcin

Das Motto der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Frauentag am 7. März im Landtag hieß in diesem Jahr „Ausländische Frauen in Nordrhein- Westfalen“. Erster Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) eröffnete das Frauentreffen in Vertretung des erkrankten Präsidenten. Rund 20 Gruppen und Initiativen stellten im Foyer ihre Arbeit und ihre Anliegen vor. Eine Podiumsdiskussion von Landespolitikerinnen mit ausländischen Mitbürgerinnen handelte von der „doppelten Diskriminierung“ und politischen Maßnahmen zu ihrer Überwindung. Das Rahmenprogramm für die etwa dreihundert Gäste gestalteten Musik- und Tanzgruppen, ein Frauentheater und die Ausstellerinnen mit Hilfe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung sowie der Gastronomie.

ten und ungebundenen Frauen“ als Symbol für die Solidarität von heute mit dem UN-Weltfrauentag in Peking im vergangenen Herbst und mit der Not der Frauen im Bürgerkrieg auf dem Balkan, die Opfer schrecklicher Gewalttaten seien und noch immer um ihr Leben und ihre Existenz kämpften. Den Müttern der russischen Soldaten in Tschetschenien würden unter dem Mantel einer pseudo-multikulturellen Gesellschaft ihre Rechte im eigenen Land verweigert.

In NRW lebten rund zwei Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger mit uns zusammen, darunter etwa 900 000 Frauen. Ihnen sei die Landtagsveranstaltung gewidmet. Der Landtag solle ein Ort der Begegnung sein. Neben Gesprächen solle ein Einblick in die kulturelle Vielfalt gegeben werden.

Nach spanischem Flamenco, japanischer Musik und türkisch-kurdischen Tänzen auf der Aktionsbühne wurde im Vorführraum der Film „Frauen im Landtag“ gezeigt, der den Besucherinnen den „Sechzehn- Stunden-Tag“ von weiblichen Landtagsabgeordneten verdeutlichte. Ein Theaterstück führte durch Rollenprobleme von Mutter und Tochter im Exil. Auf der Aktionsbühne diskutierten dann die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik Helga Gießelmann (SPD), die Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) und die frauenpolitischen Sprecherinnen der drei Fraktionen SPD, CDU und GRÜNE mit drei in NRW lebenden Ausländerinnen über das Thema „Was heißt hier fremd“. Gleich als erste prangerte Beshid Najafi (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung, „agisra“, Köln) die Stigmatisierung durch die Bezeichnung „Ausländerin“, die doppelte Diskriminierung als Frau und als Fremde und die deutschen Ausländergesetze an. „Wir müssen jeden Tag beweisen, daß wir nicht kriminell, nicht drogenabhängig, nicht sozialhilfebedürftig, nicht schwanger sind“, klagte sie und hielt die Verweigerung des Wahlrechts für „eine sehr große Menschenrechtsverletzung“. Helga Gießelmann oblag die Erklärung, daß dafür das Land nicht zuständig sei. Regina van Dinther (CDU) antwortete, wenigstens bei den Europawahlen gebe es das Ausländerwahlrecht. Brigitte Speth (SPD) wandte jedoch ein, davon seien viele, vor allem die türkischen Migrantinnen ausgenommen.

Als Prorektorin der Universität Düsseldorf sprach die Professorin für Japanologie Michiko Mae das für die Asiatinnen besonders schlimme Problem des Sex- und Prostitutionstourismus an. Christiane Bainski (GRÜNE) erwähnte die jetzt durchgesetzten fünf Beratungsstellen für ausländische

Gewaltopfer in NRW, und Ministerin Ridder-Melchers machte auf das Zeuginnenschutzprogramm aufmerksam.

Elcin Özyigit vom Zentrum für Türkeistudien der Universität Essen sah unterschiedliche Probleme bei den vier Gruppen von Türkinnen in Deutschland: bei den „Gastarbeiterfrauen“ der 70er Jahre, den nachgezogenen Familienangehörigen, der zweiten und dritten Generation der in Deutschland geborenen Kinder von Gastarbeiterinnen und bei den älteren Frauen mit ganz geringen Rentenansprüchen. Die Politikerinnen berichteten von den kommunalen Bemühungen um Altenarbeit mit Ausländerinnen, um den Kindergartenbesuch ausländischer Kinder („Jedes zweite ausländische Kind besucht keinen Kindergarten“), von ihrer Unkenntnis der deutschen Sprache („Viele bekommen vom deutschen Alltag gar nichts mit“), von überwiegend ungeschützten Arbeitsverhältnissen („80 Prozent sind als un- oder angelernte Kräfte beschäftigt“). Christiane Bainski (GRÜNE) forderte ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Frauen und das allgemeine Wahlrecht und kündigte eine Einbürgerungskampagne ihrer Partei an. Brigitte Speth (SPD) sah den Zugang zu manchen Ausländerinnen als schwierig an und hielt es für wichtig, ihnen besser



Traditionelle KOTO-Musik aus Japan auf der Bühne, Origami und Schriftübungen am Stand.

Fotos: Schälte

zuzuhören. Regina van Dinther (CDU) verteidigte Vorwürfe gegen die Bonner Politik mit dem Vorstoß aller Fraktionen im Bundestag für ein Bleiberecht in Härtefällen beim Asylgesuch: „Die Dinge sind im Fluß.“

„Interkulturelle Erfahrungen positiv sehen“

Beshid Najafi trat für eine multikulturelle Gesellschaft ohne den „Zwang“ zur Integration und gegen nur deutsche (christliche) Feiertage ein. „Migrantinnen müssen lernen, andersherum geht es nicht“, meinte dagegen Professorin Michiko Mae, „aber auch die Deutschen sollten interkulturelle Erfahrungen als etwas Positives ansehen“. Auch aus dem Publikum wurden energische Forderungen und Klagen laut: Kindergartenplätze seien gar nicht vorhanden; die ausländischen Männer drückten sich besonders um ihre Unterhaltspflicht; bosnische Flüchtlingsfrauen hätten große Ängste vor der Rückkehr; Deutschland sei eine „Schubladen-Gesellschaft“. „Ich befinde mich nicht in einer Schublade“, sagte eine seit 24 Jahren in Deutschland lebende Iranerin.

Nach teilweise aggressiv vorgetragenen Beschwerden gab es auch Versöhnliches: Eine Rußlanddeutsche fand das Leben hier schön und lud alle zum Miteinander auf dem gemeinsamen Planeten Erde ein. Ministerin Ridder-Melchers erwähnte die vorbildliche Frauen-Infrastruktur in NRW und ermunterte alle zum Mitmachen: „Gemeinsam sind wir stark.“ Nach der politischen Runde waren alle Teilnehmerinnen zu gastronomischen Spezialitäten aus Spanien, Italien, Griechenland, Japan und der Türkei ins Restaurant eingeladen. Dort wurden die Gespräche und Begegnungen fortgesetzt. Heike Reinecke vom Präsidialbüro hatte für einen fröhlichen Ausklang mit der Jazz- und Soulsängerin Melbra Rai gesorgt, die ein unüberhörbares „Happy Day“ in das Restaurant des Landtags schmetterte.

Noch lange waren die mitwirkenden Vereine und Organisationen mit dem Abbau ihrer Präsentationen beschäftigt. An der Veranstaltung hatten unter anderem mitgewirkt: Agisra Köln, Aktionsring „Frau und Welt“, AG Menschenrechtsverletzungen an Frauen (ai), Ausländerbeirat Düsseldorf, Internationales Bildungszentrum



Von der Tochter, die das Leben ihrer Mutter nicht wiederholen möchte, handelte das Theaterstück aus Sarajevo (oben), und von den Nöten der mit uns lebenden Ausländerinnen die Podiumsdiskussion der Politikerinnen mit drei Migrantinnen (unten, nicht im Bild: die Prorektorin der Universität Düsseldorf). Fotos: Schälte



für Frauen und Mädchen, Evangelische Kirche, Flüchtlingsrat NRW, Frauenkulturbüro NRW, Informationszentrum Dritte Welt, Japanischer Club Düsseldorf, MONA, Referat Migration des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Regional-

stelle zur Förderung ausländischer Kinder- und Jugendlicher, Verband binationaler Familien, Verein für ausländische Mütter, Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendarbeit, Zentrum „Frau im Beruf und Technik“.



Auch ausländische Frauen stehen im Blickfeld der NRW-Frauenpolitik, v. l.: Christiane Bainski (GRÜNE), Regina van Dinther (CDU), Brigitte Speth (SPD), Helga Gießelmann (SPD, Vorsitzende des Frauenausschusses), Elita Wiegand (Moderatorin), Ilse Ridder-Melchers (Gleichstellungsministerin).

Verschiedene Ansichten zur Reform

Effiziente Verwaltungssteuerung als Prüfstein

Der Antrag „Modernisierung der Landesverwaltung zügig vorantreiben“ der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN stand im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform am 6. März unter Leitung seines Vorsitzenden Stefan Frechen (SPD). In dieser Wahlperiode sollen mit zeitlichen Vorgaben die internen Verwaltungsabläufe und der äußere Behördenaufbau kritisch überprüft werden. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen einen Kriterienkatalog aufgestellt, auf dessen Grundlage der Stand bisheriger Reformbemühungen festgestellt, überprüft und die weitere Reform der Landesverwaltung begleitet werden soll.

Die schon in der vergangenen Wahlperiode herausgearbeiteten, für eine Modernisierung der Verwaltung relevanten Kriterien und Schlagworte wurden den Oberbegriffen Leitbildorientierung, Aufgabenkritik, Ablauforganisation, Aufbauorganisation, Genehmigungsverfahren, Prüfung von Gesetzgebungsvorhaben mit organisatorischen Vorgaben, Aufbau einer effizienten Verwaltungssteuerung, Gleichstellungsfragen, Personalwirtschaft und Instrumente zur Aufgabenbewältigung zugeordnet. Der Antrag fordert die Beteiligung von Frauen und Gleichstellungsbeauftragten und die Überprüfung der Notwendigkeit von Sonderverwaltungs-

gen, Landesoberbehörden und sonstigen Einrichtungen des Landes.

Der Ausschuß selbst will sich anhand der Kriterienliste mit den einzelnen Verwaltungsfragen befassen und — nach Abschluß der Prüfungen — in der zweiten Hälfte der Wahlperiode mit den Fachausschüssen abgestimmte Handlungsempfehlungen an die Landesregierung richten.

Johannes Pflug (SPD) stellte ergänzend als Konsequenz aus diesem Antrag fest, bei im Ausschuß eingehenden Berichten über Verwaltungsreformen zu überprüfen, ob der Kriterienkatalog beachtet wurde. Jens Petring (GRÜNE) wünscht schon in Vorgesprächen über die Vergabe von Organisationsgutachten die Beachtung des Katalogs, damit die maßgeblichen Kriterien zu den Vertragsgrundlagen gehören.

Die Fraktion der CDU lehnte den Antrag ab und kündigte eine eigene Initiative an. Ihr Sprecher Franz-Josef Britz forderte, die bestehenden Verwaltungsstrukturen in Frage zu stellen. Gewollt sei der schlanke Staat, weil auch nach den Worten des NRW-Finanzministers nicht mehr alles finanzierbar sei. Vor allem dürften zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Bestandsgarantien gegeben werden.

Christian Michael Weisbrich (CDU) fügte hinzu, der Antrag der Koalition sei nur ein „kurzer Wurf“, der die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen, der Wiedervereinigung, der Europäischen Vereinigung und

der Ressourcenknappheit ergebenden Herausforderungen nicht hinreichend berücksichtige. Er entnehme dem Antrag, in der Landesverwaltung sei wohl nach Auffassung der Koalition nichts wesentlich veränderungswürdig. Für eine durchgreifende Verbesserung sei erforderlich, eine Leitvorgabe zu formulieren, der die Kriterien dann unterzuordnen wären. Angesichts des Gesamtaufwandes der Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst müsse eine Absenkung der Besoldungsausgaben um ein Drittel in einem Zeitraum von ca. fünf Jahren angestrebt werden.

Die Beachtung einer solchen haushaltswirtschaftlichen Leitlinie führe zwangsläufig zu Strukturüberlegungen und damit zu den notwendigen Veränderungen, nicht nur der inneren Modernisierung.

Das Thema „Reduzierung der Versorgungsleistungen“ hielt die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion nach Ablehnung eines auf dieses Ziel gerichteten Antrags der Opposition für erledigt, weil schon dort festgestellt wurde, dies sei Bundesangelegenheit. Nicht der schlanke Staat sei oberstes Ziel, sondern die Modernisierung des Verwaltungsapparates unter Mitwirkung der Betroffenen. Dabei sei, so Johannes Pflug, darauf zu achten, daß nicht in die Organisationshoheit der Landesregierung eingegriffen wird.

Ausschußvorsitzender Stefan Frechen appellierte vergeblich an die Opposition, den Antrag mitzutragen. Er hielt es nach den bisherigen Bemühungen des Ausschusses für unstrittig, daß sich der Ausschuß in erster Linie um die Verwaltungsstruktur, dann aber auch um den inneren Verwaltungsaufbau kümmern. Der Kriterienkatalog sei als Leitfaden für die Verwaltungsmodernisierung ausreichend. Auswirkungen der deutschen oder der europäischen Einheit auf die Verwaltungsstruktur des Landes, in personalwirtschaftlicher Hinsicht oder im Hinblick auf die Aufgabenstruktur seien derzeit nicht erkennbar, hierauf könne aber die Landesregierung und die von ihr eingesetzte Steuerungsgruppe hingewiesen werden.

Während Hans Krings (SPD) davor warnte, dem CDU-Vorschlag zu folgen, könne in die Sackgasse führen — wie Beispiele auf kommunaler Ebene gezeigt hätten —, deutete Jens Petring die baldige Fertigstellung eines Plans für den zeitlichen Ablauf der Strukturuntersuchungen an. Das Ansinnen der Opposition, ihren eigenen Antrag abzuwarten und gemeinsam mit dem bereits vorliegenden zu beraten, vermochte die Koalitionsfraktionen auch nicht zu begeistern. Die Behörden sollten schon jetzt eine Grundlage für ihre Arbeit und ihre Berichte haben. Die laufenden Untersuchungen sollten nicht aufgehoben werden. Die Einlassungen der CDU ließen aber vermuten, daß der von ihr angekündigte Antrag einer längeren Beratung bedarf.

Des weiteren befaßte sich der Ausschuß mit einem vom Innenministerium vorgelegten Bericht zum Stand der Verwaltungsreform. Anhand von Beispielen wurde aufgezeigt, daß in allen Verwaltungsbereichen Untersuchungsergebnisse umgesetzt und Vorgaben des Landtags aus den vergangenen Beratungen beachtet, Pilotprojekte gestartet wurden und Kriterien einer wirtschaftlich und effektiv arbeitenden Verwaltung in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einfließen. Stefan Frechen stellte fest, daß es sinnvoll sei, die Modelle und Versuche zu begleiten, die Bemühungen der Verwaltungen zu unterstützen.

Haushaltsausschuß

Drei Fraktionen durchforsteten sechzehn Einzelpläne

Im Haushalts- und Finanzausschuß wurde am 7. März in fünfstündiger Sitzung, die Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) leitete, über sämtliche Änderungsanträge der drei Fraktionen zum Haushalts- und zum Gemeindefinanzierungsgesetz sowie zu allen Einzelplänen abgestimmt. Die Ergebnisse der Beratungen der Fachausschüsse und des Haushaltsausschusses lagen am Montag der folgenden Sitzungswoche den Fraktionen und dem Plenum als (am Wochenende) gedruckte Beschlußempfehlungen mit Anlagen über die Behandlung jedes einzelnen Antrags rechtzeitig vor. Lediglich beim Personalhaushalt stellte der Haushaltsausschuß die Abstimmung über zwei Anliegen wegen weiteren Beratungsbedarfs bis zu seiner Sitzung am 15. März zurück.

Im Haushaltsgesetz sollte als Anliegen aller Fraktionen im Unterausschuß Personal „die Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug“ neu verankert werden. Den gestiegenen Anforderungen vor allem an leitende Beamte soll durch Stellenanhebungen Rechnung getragen werden. Finanzminister Schlußer erinnerte daran, daß der Personalhaushalt als größter Ausgabeposten des Landes beherrschbar bleiben müsse. Reinhold Trinius (SPD) meldete weiteren Beratungsbedarf für seine Fraktion wegen der Auswirkungen auf andere Dienstbereiche an. Die Abstimmung wurde deshalb zurückgestellt.

Die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE kündigten an, zur 3. Lesung noch drei Stellen für den Datenschutzbeauftragten, fünf Stellen für Umweltbeauftragte und vier Stellen für ein Schwulen- und Lesbenreferat im Sozialressort zu beantragen.

Das auch noch ...

Rotstundenoptimierung

Ein vom Unterausschuß Personal des Haushaltsausschusses erbetener Bericht des Justizministeriums regte den CDU-Abgeordneten Winfried Schittges zur Nachfrage an, was er sich unter „Rotstunden“ vorzustellen habe. Bis zur 2. Lesung des Haushalts sollte das Justizministerium zum Sachstand „über das Verfahren zum Personaleinsatz, zur Dienstplan- und Rotstundenoptimierung im Strafvollzug (Pedro)“ berichten. Ob das etwas mit Rotlicht zu tun habe, fragte nicht ganz ernsthaft der Abgeordnete. Kollegen schlossen sich mit weiteren Bemerkungen an, es handle sich doch nicht etwa um „SPD-Stunden“, und das Gegenteil von Schwarzarbeit sei wohl auch nicht gemeint, bis der zuständige Gruppenleiter des Justizministeriums klarstellte: Das seien Stunden, die im Zusammenhang mit Mehrarbeit und Schichtdienst anfallen, die das Arbeitszeitkonto des jeweiligen Angestellten oder Beamten belasteten und die rot gekennzeichnet würden.

Drei Kernanliegen der Opposition bei Mittelstandsförderung:

Mehr für Verbundforschung, Risikokapital und Gründungsdarlehen

14 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE und der CDU-Opposition lagen dem Wirtschaftsausschuß in der wegen der Koalitionskrise auf den 6. März verschobenen, von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sitzung vor. Einstimmig befürworteten alle drei Fraktionen Mehrausgaben von 25 Millionen Mark für erweiterte Fördertatbestände im Technologieprogramm Wirtschaft, die zum Teil durch Kürzungen bei Stiftungen im Rahmen des Kohlerückzugs und bei Zuschüssen zur beruflichen Weiterbildung erwirtschaftet werden sollen. Bei der Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08 gab die wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen Alexandra Landsberg zu Protokoll, daß sie wegen der in diesem Einzelplan enthaltenen Mittel für den Flughafen Dortmund zwar im Ausschuß den Haushaltsplanentwurf befürwortete, um der Fraktionsmehrheit zu entsprechen, daß sie sich aber im Plenum der Stimme enthalten werde.

Im Haushaltsentwurf 1996 sind für den Einzelplan 08 (Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr) Ausgaben in Höhe von insgesamt 6,346 Milliarden Mark vorgesehen. Davon entfallen drei Milliarden Mark auf „Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs“ sowie Luftfahrt (22 Millionen Mark), Schifffahrt (57) und Straßen- und Brückenbau (586). Von den Mitteln der Wirtschaftsförderung (insgesamt 3,3 Milliarden Mark) erhalten Bergbau und Energiewirtschaft eine Milliarde Mark. Weitere große Posten sind vor allem für Mittelstands- und Technologieförderung vorgesehen. 60 Millionen Mark sollen in das REN-Programm fließen.

In seiner Einführung in den Ressorthaushalt hatte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement auf die verschärfte internationale Standortkonkurrenz hingewiesen. Traditionelle kostensensible Produktionen würden verstärkt nach Ost- und Südosteuropa verlagert. Aus Eigeninteresse an der Gesundung dieser Regionen dürften diese Prozesse nicht verhindert werden. NRW müsse sich auf Qualitäts- und Technologieprodukte sowie anspruchsvolle Produktionen und Dienstleistungen konzentrieren. Der Einfluß der Wirtschaftspolitik sei sehr viel enger geworden als früher. Industrie- und Strukturpolitik der Landesregierung könne Wandlungsprozesse moderieren und begleiten (Vorlage 12/254 und Bericht in „Landtag intern“ Nr. 1/1996).

Schon beim ersten Änderungsantrag gab es eine längere Diskussion im Ausschuß. SPD und Grüne wollten die Mittel für örtliche und regionale Initiativen verdreifachen. Anreize seien notwendig, so die Grünen-Sprecherin Alexandra Landsberg und Dr. Manfred Busch, „um spezifische endogene Potentiale herauszuarbeiten“. Vom Ministerium wurde auf erfolgreiche regionale Verbände von Kleinbetrieben jeweils einer Branche hingewiesen. Laurenz Meyer (CDU) hielt es für problematisch, dafür neue Schulden in Kauf zu nehmen angesichts zahlreicher anderer wichtiger Dinge, für die das Geld nicht reiche. Bodo Hombach (SPD) antwortete, diesen Einstieg in die Steuerung trage die SPD mit.

Die Zuschüsse für die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW (GfW) stockten die Koalitionsfraktionen um eine Million auf 23,5

Millionen Mark auf, um im Rahmen der Gründungsoffensive eine Beratungs-Hotline und eine Datenbank einzurichten, Apparate zu beschaffen sowie für Telefonkosten für ratsuchende Gründungswillige, für Wegweiser und Gründungsforen. Die CDU erklärte sich mit dem Schwerpunkt Gründungsoffensive einverstanden, kritisierte aber die laufende schönfärbische Anzeigen-Kampagne der GfW.

Als neuen Haushaltstitel schlug die CDU „Förderung von Verbundforschung“ vor und beantragte dafür 28,3 Millionen Mark. Damit sollten innovative Produkte kleiner und mittlerer Unternehmen gefördert werden. Als SPD und Grüne anboten, die Begründung der Opposition in ihren eigenen Antrag auf 25 Millionen Mark mehr im Technologieprogramm Wirtschaft aufzunehmen, zog die CDU ihren Antrag zurück und stimmte dem Koalitionsan-

So lustig, wie sich die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen hier vor Beginn der Sitzung zeigten, waren die Haushaltsberatungen im Wirtschaftsausschuß dann doch nicht, v.l. Bodo Hombach (SPD), Laurenz Meyer (CDU), Alexandra Landsberg (GRÜNE). Nach der Terminverlegung wegen der Koalitionskrise brachten SPD und Grüne zwar gemeinsame Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministers ein und lehnten die von der CDU beantragten Umschichtungen ab; die GRÜNE-Sprecherin kündigte jedoch an, sich bei der Abstimmung nach der 2. Lesung im Plenum der Stimme zu enthalten.

Foto: Schälte



trag zu. Als neue Verwendungszwecke für das gesamte Technologieprogramm (150 Millionen Mark) werden jetzt Medien- und Kommunikationswirtschaft einschließlich Hardware für Mikroelektronik, Optoelektronik und Medizintechnik, Kulturwirtschaft, produktionsintegrierter Umweltschutz, Qualifizierung und der Forschungsverbund zwischen Hochschulen und mittelständischen Unternehmen aufgezählt.

Den von Alexandra Landsberg (GRÜNE) mit Nachteilen für Frauen in handwerklichen und technischen Berufen begründeten neuen Ansatz „Landesinitiative Neue Berufsfelder für Frauen in Handwerk und Technik“ in Höhe von vier Millionen Mark lehnte die CDU dagegen ab. Für Heiterkeit sorgte die Einlassung der Grünen-Sprecherin nach mehreren Konkretisierungswünschen aus den Reihen der CDU, mit dem Geld solle auch im Freizeitbereich auf junge Mädchen eingewirkt werden, etwa durch Einrichtung einer technischen „Öko-Laube“. Fritz Kollorz (CDU) wollte wissen, ob künftig jede Landesinitiative einen eigenen Haushaltstitel bekomme. Laurenz Meyer (CDU) berichtete, im Vorjahr habe die Gleichstellungsministerin händeringend Geld unterzubringen versucht. Den eigenen Titel und zwei Millionen Mark trage die CDU mit, mehr aber nicht.

Beim CDU-Antrag, 50 Millionen Mark für eine Risikokapitalgesellschaft in einem neuen Titel

einzustellen, gab es grundsätzliche Zustimmung aus den Reihen der Koalition und seitens des Ministers. Laurenz Meyer meinte, neun Millionen, wie im Entwurf vorgesehen, seien für ganz NRW viel zuwenig. Die schwache Eigenkapitalbasis sei eines der Haupthindernisse bei Neuexistenzgründungen von kleinen und mittleren Unternehmen und bei Erweiterungen. Der von der CDU beantragte Risikokapital-Ansatz sei ein Tropfen auf den heißen Stein und Kern aller Haushaltsanliegen der CDU. Minister Clement räumte Kapitalmangel ein und wies auf den 50-Millionen-Garantierahmen für Landesbürgschaften sowie den Betriebsmittelansatz im Nachtragshaushalt hin. Auf Bundesebene würden Maßnahmen vorbereitet, der 24. März sei jedoch abzuwarten. Clement sprach sich gegen steuerrechtliche Sondertatbestände und für allgemeine Steuererleichterungen sowie er-

weiterte Bürgschafts- und Garantierahmen aus. Bodo Hombach (SPD) lehnte namens seiner Fraktion den CDU-Antrag ab, bestätigte aber das Kernanliegen, das als Beratungsthema noch nicht erledigt sei.

Ebenfalls abgelehnt wurde der von der CDU beantragte neue Titel für Existenzgründungsdarlehen in Höhe von 50 Millionen Mark. Im Vorjahr seien dafür 39 Millionen Mark gebraucht worden. Jetzt werde gekürzt. In die Förderung müßten auch Betriebsverlagerungen einbezogen werden, forderte Meyer. Bodo Hombach (SPD) antwortete, Standort-Konkurrenzen dürften dadurch nicht eröffnet werden. Darlehensanträge sollten restriktiv geprüft werden. Alexandra Landsberg (GRÜNE) wies darauf hin, Betriebsverlagerungen könnten bereits gefördert werden, wenn das ökologisch sinnvoll sei.

Gegen die Stimmen der CDU stockten SPD und Grüne den Titel „Impulse für die Wirtschaft und Förderbaustein Beratung“ um drei auf 7,8 Millionen Mark auf und erweiterten die Zweckbestimmung um „Coaching-Programm für Existenzgründer“. Alexandra Landsberg (GRÜNE) erläuterte, für die „prozeßbegleitende Beratung“ (Coaching) bis etwa zwei Jahre nach der Gründung gebe es dringenden Handlungsbedarf. Das hätten die zahlreichen Insolvenzen gezeigt. Ilka Keller (CDU) forderte dafür echte Managementfähigkeiten.

Zwei neue Titel im Haushalt der Frauenministerin

Wohnraum für Opfer von sexueller Gewalt und Hilfe für ausstiegswillige Prostituierte

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat am 1. März unter der Leitung von Helga Giebelmann (SPD) die Haushaltsberatungen mit dem Votum zum Einzelplan 11 – Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann – abgeschlossen. Bei der Abstimmung über die insgesamt zwölf vorgelegten Änderungsanträge aller drei Fraktionen beteiligte sich die Fraktion der CDU aufgrund der späten Vorlage der Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN nicht. Der Einzelplan 11 wurde mit den vom Frauenausschuß beschlossenen Änderungen der Koalitionsfraktionen angenommen.

Die Schwerpunkte der von den Koalitionsparteien vorgelegten Änderungsanträge lagen bei der Erhöhung des Baransatzes für „Regionalstellen Frau und Beruf“ um vier Millionen Mark zur zusätzlichen Aufnahme weiterer Regionalstellen, der Einrichtung von Regionalverbänden und der Erhöhung des Fördersatzes für Maßnahmen in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten von 70 auf 80 Prozent. Darüber hinaus forderten die Koalitionsfraktionen einen neuen Titelantrag zur Förderung einer gemeinsamen Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaften, die im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen tätig ist.

Die Erhöhung des ebenfalls von SPD und Grünen geforderten Baransatzes „Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Selbsthilfegruppen“ um eine Million Mark soll der Neuaufnahme von weiteren Beratungsstellen im Frauenförderungsprogramm mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung dienen. Die Sprecherin der SPD, Brigitte Speth MdL, erläuterte hierzu, daß insbesondere im ländlichen Raum die noch vorhandene Lücke von ausreichenden Beratungsstellen zu schließen sei. Zusätzliche Mittel in Höhe von 600 000 Mark werden für die Förderung von spezialisierten Beratungsstellen für die Opfer von Menschenhandel (Personal- und Sachmittel) gefordert. Die Sprecherin der Grünen, Marianne Hürten, führte hierzu aus, daß die zusätzlichen Mittel u. a. für Dolmetscherdienste bzw. Honorarverträge für ehrenamtlich Tätige benötigt würden.

Der im Nachtragshaushalt neu eingerichtete Titel „Zuschüsse zur Förderung von Zufluchtwohnungen für Opfer von Zwangsprostitution und Frauenhandel“ wurde mit einem Baransatz von 450 000 Mark versehen. Die Einrichtung des neuen Titels „Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Prostituierten“, die den Ausstieg aus dieser Tätigkeit suchen, gebe Anlaß, so die Sprecherin der Fraktion der SPD, Brigitte Speth, dieses Thema in einer der nächsten Ausschußsitzungen ausführlich zu beraten. Es sei wichtig, ein Konzept zusammen mit der Landesregierung als auch mit den Stellen zu erarbeiten, die sich bereits mit diesem Thema befassen. Die Sprecherin der Grünen, Marianne Hürten, wies darauf hin, daß bereits in der 11. Wahlperiode über Modellmaßnahmen zur Öffnung neuer Berufswegen für Mädchen und Frauen, zur Wiedereingliederung in den Beruf sowie sonstigen Modellmaßnahmen zur Frauenförderung (Stichwort: Förderung von Projekten im Bereich Frauen mit Behinderungen) diskutiert worden sei. Sie betonte, daß sie mit der Erhöhung des Baransatzes bei diesem Titel eine Einstiegsmöglichkeit sehe, die Geschäftsstelle des Netzwerkes Frauen mit Behinderungen sowie Projekte im Bereich

Frauen mit Behinderungen verstärkt zu fördern. Die von der CDU beantragte Reduzierung des Titelansatzes der Landesinitiative „Chancengleichheit im Beruf“ um eine Million Mark begründete Regina van Dinther mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Haushaltsmitteln. Diese Mittel sollten eingesetzt werden zur Erhöhung zur „Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern“, da bereits an anderen Haushaltsstellen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit eingestellt seien.

Brigitte Speth (SPD) stellte jedoch klar, daß hiermit die Förderung von Frauen auch an schlechter bezahlten Arbeitsplätzen gemeint sei, auch Einflußnahme auf die Handwerkskammern, IHK, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Ministerin Ilse Ridder-Melchers betonte, die Mittel würden zur Information in den Betrieben benötigt (siehe auch Plenarbericht über die 2. Lesung).

Der ebenfalls in dieser Sitzung beratene Antrag der Fraktion der CDU „Durch ‚Mobilzeit‘ Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten“ wurde nach ausführlicher Diskussion im Ausschuß mit den Stimmen der SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt (Bericht über die Aussprache folgt).

Harald Holler, Assistent des Verkehrsausschusses, und Dieter P. Karbach, Assistent des Beauftragten der Konzernleitung der Deutschen Bahn AG, sind als Geschäftsführer der Parlamentarischen Gruppe Bahn des Landtags Nordrhein-Westfalen wiederbestellt worden. Dies beschloß der Vorstand am 13. März.

Bahn-Pläne: Pünktlichkeit wird Chefsache

Das Vorstandsmitglied „Nahverkehr“ der Deutschen Bahn AG Klaus Daubertshäuser (Foto I.) informierte am 12. März die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Bahn des Landtags über die Pläne des Unternehmens in NRW. Sechs Vertreter der drei Regionalbereiche Rheinland, Rhein-Ruhr und Westfalen beantworteten unter Leitung des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Manfred Hemmer (SPD, r. im Bild) Fragen der Abgeordneten.

Seit Beginn der Regionalisierung ab 1.1.1996 seien neun Zweckverbände für die

Bestellung und Bezahlung des Nahverkehrs in NRW gegründet worden, berichtete Daubertshäuser. Die Verträge sicherten für die nächsten zwei Jahre eine Leistung von 74 Millionen Zugkilometern mit einem Umsatzvolumen von jährlich über 1,7 Milliarden Mark. Damit sichere die Bahn AG nicht nur 1800 Arbeitsplätze im Nahverkehr selbst, sondern weitere 30 000, die vom Nahverkehr abhängen. In den vergangenen 21½ Jahren seien für rund 470 Millionen Mark 52 S-Bahn-Wagen, 20 Lokomotiven, 75 Doppelstockwagen und 54 Dieseltriebwagen bestellt worden.

Für Kunden der Schiene kündigte der Vorstandssprecher für den Nahverkehr mehr Komfort, bessere Information, mehr Sauberkeit und mehr Sicherheit an. Für die Sauberkeit könnten die Kundenbetreuer selbst sorgen, für die Sicherheit seien sie mit Handies ausgerüstet. Ein Generalbevollmächtigter werde für die Pünktlichkeit ernannt. Durch ZugBus-Gesellschaften sollten integrierte Fahrplanverbindungen erreicht werden.

Die Abgeordneten nutzten die Gelegenheit zu Fragen als „Kunden“. Bodo Champignon (SPD) wünschte sich wegen regelmäßiger Überfüllung mehr Waggons auf der Strecke Dortmund–Düsseldorf zu den vorhersehbaren Messezeiten, Erich Kröhan (früher Vorsitzender des Verkehrsausschusses) Entzerrung der Regionalbahn- und der Interregio-Takte und mehr Waggons für Nichttraucher. Hermann Jansen (SPD) setzte sich für die Anbindung der Fachhochschule Niederrhein ein. Heinz Hunger (SPD) klagte ebenfalls über die Überlastung sowohl der Nah- als auch der Fernverkehrszüge in Spitzenzeiten. Das IC-System werde neu geordnet, und die Nahverkehrsleistungen würden im Jahr 2000 ganz anders aussehen als heute, lautete die Antwort.

Weiter ging es den Abgeordneten Hans Kern (SPD), Peter Eichenseher (GRÜNE), Heinrich Meyers (CDU), Renate Drewke (SPD), Hermann-Josef Arretz (CDU) um die Zukunft einzelner Strecken, um veraltetes rollendes Material auf einzelnen Strecken und noch nicht renovierte Bahnhöfe, um entbehrliche, von Kommunen dringend benötigte Flächen und deren äußerst stockende Veräußerung. Durch die Regionalisierung sei, das hatte der Verkehrsausschußvorsitzende Hemmer eingangs nach der Begrüßung durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt fest gestellt, die Eisenbahn als Hoffnungsträger wiederentdeckt worden. Modernisierung und ein integraler Taktfahrplan seien die großen Ziele, und der Unternehmensleitsatz laute: „Wir sind erst zufrieden, wenn unsere Kunden ganz zufrieden sind.“



Schließung regionaler Schlachthöfe unter hygienischen Vorwänden wäre „irrwitzig“

Ab Mai dieses Jahres bekommen Bäcker im Lande Besuch: In den drei Regierungsbezirken werden jeweils 20 Betriebe des Bäckerhandwerks und des Konditorenhandwerks hinsichtlich ihrer hygienischen Beschaffenheit inspiziert. Die Aktion erstreckt sich bis Ende Oktober und hat „Feine Backwaren mit nicht durcherhitzter Füllung“ im Visier. Die Inspektoren sind Keimen auf der Spur, die in bestimmten Mengen den Genuß solcher Backwaren nachhaltig vergällen können: Coliforme Keime, E. coli und Staphylokokkus aureus. Neben dieser mikrobiologischen Prüfung wird eine sensorische Beurteilung der Produkte und des Hygienezustands des Betriebs vorgenommen, von Interesse ist darüber hinaus auch der Zustand der verwendeten Zutaten.

In der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) am 7. März machte MURL-Staatssekretär Dr. Thomas Griese deutlich, daß diese Aktion ein ernstes Problem aufgreift und dazu diene, Verunsicherung beim Verbraucher gar nicht erst entstehen zu lassen. Darum werde mit dem Aufspüren etwaiger hygienischer Mängel gleich nach Lösungswegen gesucht. Die Aktion sei als Angebot an die Betriebe angelegt, diese Probleme aufzuspüren und ihnen auf den Grund zu gehen. Der Staatssekretär zeigte sich den Ausschußmitgliedern froh darüber, daß die Innungsverände trotz fortbestehender grundsätzlicher Ablehnung den Weg der Kooperation mitgingen; er ließ aber auch keinen Zweifel daran, daß „offensichtliche Tatbestände der Ekelregung und der Gesundheitsgefährdung“ der Lebensmittelüberwachung nach wie vor Anlaß böten, gegen die betreffenden Betriebe Sanktionen zu verhängen. Die Befristung auf ein halbes Jahr diene dazu, das weitere Vorgehen in dieser Frage zu überlegen, umriß der Staatssekretär das Ziel des Erlasses.

Begonnen hatte der nichtöffentliche Teil der Ausschußsitzung mit einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema Umsetzung der EU-Hygienerichtlinie bei Frischfleisch und Abbau von Schlachthof-Überkapazitäten. Hier herrschte Einigkeit zwischen Parlamentariern und Regierung, daß angesichts der zusammengebrochenen Tierproduktion in den östlichen Bundesländern und in einer Zeit zurückgehenden Fleischverbrauchs nicht nur die dort aufgebauten Schlachthofkapazitäten zunehmend stillliegen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen nach den Worten von Dr. Griese die Kapazitäten bei der Schlachtung von Schweinen zu 65 und bei Rindern gar nur zu 41 Prozent ausgelastet sind. In dieser prekären Lage, darin waren sich alle einig, dürfe die Umsetzung einer EU-Richtlinie nicht als Vorwand dienen, hiesige kleinere und mittlere Schlachtbetriebe stillzulegen. In den neuen Bundesländern sei zum Aufbau von Schlachtkapazitäten eine Milliarde investiert worden, rechnete der Staatssekretär vor, aus Öffentlicher Förderung seien 330 Millionen geflossen, davon 84 Millionen aus EU-Mitteln.

Es sei ein „Irrwitz“, fuhr er fort, hier Kapazitäten zu schließen und Arbeitsplätze abzubauen, „um Schlachthöfe am Leben zu erhalten, die ohne staatliche Fördergelder nicht existierten und nicht existieren können“. Bei der Schließung solcher Betriebe sollte nicht auf die Rückforderung der Fördermittel der öffentlichen Hände verzichtet werden. Irmgard Schmid (SPD) stimmte dem bei: Man könne sich den Tod der kleinen und mittleren Schlachthöfe in der Region nicht leisten; eine solche Fehlentwicklung dürfe auf keinen Fall zugelassen werden. Auch Siegfried Martsch (GRÜNE) hielt nichts davon, den Gedanken der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu konterkarieren und fragte nach Zahlen. Griese: In NRW seien 44 Schlachthöfe in der Modernisierungs- und Anpassungsphase, sie würden die EU-Richtlinie erfüllen. Insgesamt 20 Schlachthöfe seien in den 14 Bundesländern in Bau, die mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert würden. Es wäre „widersinnig“, diese Schlachtstätten mit denselben öffentlichen Mitteln wieder schließen zu wollen.

Der CDU-Abgeordnete Heinrich Kruse sah bei einem Scheitern des von den großen Unternehmen gebildeten „Krisenabwehrkartells“ zur Stilllegung von Teilkapazitäten die Gefahr, daß es zu einem „hemmungslosen Verdrängungswettbewerb“ kommen könnte, am Ende dessen nur ein paar übrig blieben — das sei keinesfalls im Interesse von Produzenten und Verbrauchern. Es könne auf die Dauer nicht gutgehen, daß riesige Kapazitäten brachlägen, meinte der Vorsitzende. Der Staatssekretär ergänzte, die Bundesländer seien einhellig gegen die Zahlung von Stilllegungsprämien; der Bund werde diesem Votum vermutlich folgen.

Im öffentlichen Teil der Sitzung behandelte der Ausschuß zwei CDU-Anträge abschließend und lehnte sie mit der Mehrheit von SPD und Grünen ab. Es ging dabei um die Drucksachen 12/587 („Gewässer um die — Kosten senken/Moratorium für die Umsetzung der kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte“) und 12/437 („Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe auf Landesebene“). Bei der Debatte über den ersten Antrag monierte CDU-Sprecher Eckhard Uhlenberg das Fehlen von Ministerin und Staatssekretär bei dieser wichtigen

Ausschußsitzung: Das sei ihm in seiner parlamentarischen Praxis noch nicht vorgekommen. Daraufhin zog die CDU-Fraktion aus der Sitzung aus; zurück blieb der Vorsitzende, der die Sitzung weiterleitete und bei den Diskussionen den Standpunkt seiner Fraktion einbrachte. Der später kommende Staatssekretär erklärte sein anfängliches Fehlen mit der gleichzeitigen Teilnahme an einer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, wo er habe Rede und Antwort stehen müssen.

Den Wunsch nach einem Aufschub in Sachen Abwasser begründete die CDU (Clemens Pick) mit der Befürchtung von Fehlinvestitionen durch zu große Dimensionierung von Abwasseranlagen und mit der Gefahr zu hoher Gebühren, die durch neue Entwässerungskonzepte und neue Technologien zu vermeiden wären. Angesichts der unsicheren Situation sei eine interparlamentarische Arbeitsgruppe zu bilden. Die SPD lehnte die Zustimmung ab: Die Pflicht zur Erarbeitung von kommunalen Abwasserkonzepten stehe im Gesetz, nachgeordnete Behörden dürften nicht gegen dieses Gesetz arbeiten. Im übrigen habe die Diskussion über den Sachverhalt in ausreichendem Maß stattgefunden.

Im zweiten Punkt, der Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe, gehe es der CDU nicht um zusätzliche Stellen in irgendeinem Ministerium; es fehle einfach an der erforderlichen Koordinierung in einem wichtigen Bereich, für den derzeit mehrere Ressorts (Bauministerium, Wirtschaftsministerium und Landwirtschaftsministerium) zuständig und wo mehrere Einrichtungen — darunter Haus Düsse — tätig seien, erläuterte Heinrich Kruse (CDU).

Horst Steinkühler (SPD) stellte klar, SPD und Grüne seien nicht gegen nachwachsende Rohstoffe, sondern gegen eine neue Verwaltungseinrichtung. Im übrigen funktioniere die Koordination zwischen den einzelnen Ressorts durchaus. Für Siegfried Martsch (GRÜNE) war ersichtlich, daß auch ein zusätzlicher Apparat mit alten Stellen neue Bürokratie sei; notwendiger sei es, daß Maßnahmen ergriffen würden — da habe man in den Haushaltsberatungen mehr getan als in anderen Bundesländern. Von Karl-Heinz Rusche (SPD) kam der Vorschlag, dem in den Landwirtschaftskammern ausreichend vorhandenem Personal die Koordination zu übertragen. Silke Mackenthun (GRÜNE) regte an, der Ausschuß sollte sich einmal an Ort und Stelle in Haus Düsse von der Arbeit auf diesem Gebiet ein eigenes Bild machen.



Zum ersten Mal hat die neue Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle (Bild), an einer Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle teilgenommen. Begrüßt wurde sie vom Ausschußvorsitzenden Wilhelm Riebinger (CDU, l.). Mit auf dem Foto: Walter Grevener (SPD, r.) und Michael Breuer (CDU, 2. v. l.). Foto: Schälte

Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bis 2005 gesichert

Laufende Ausstellungen als Dank für überproportionales Engagement von NRW

Die weitere Entwicklung in der Zusammenführung der ehemals im Ost- und Westteil Berlins getrennten staatlichen preußischen Sammlungen und die zukünftige Sicherung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin waren Schwerpunkt einer Informationsreise des Kulturausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Leonhard Kuckart (CDU). Neben dem Hauptbesuchsziel Berlin stand auch ein Aufenthalt in Potsdam auf dem Programm. Dort wurden Gespräche mit dem korrespondierenden Landtagsausschuß des Partnerlandes Brandenburg (Vorsitzender Dr. Klaus-Dietrich Krüger, SPD) und des Landesministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Steffen Reiche, SPD) zur dortigen Kulturpolitik auch vor dem Hintergrund einer künftigen Fusion Brandenburgs mit Berlin geführt. Außerdem informierte sich die Landtagsdelegation über die Arbeit und Aufgaben der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (Generaldirektor Professor Giersberg).

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) in Berlin ist mit ihren bedeutenden 17 Museen (die mit dem Institut für Museumskunde und weiteren zentralen Einrichtungen den größten und vielseitigsten Museumskomplex in Deutschland darstellen), der in zwei Häusern untergebrachten Staatsbibliothek, dem Geheimen Staatsarchiv, dem Ibero-Amerikanischen Institut und dem Staatlichen Institut für Musikforschung die größte und eine der wichtigsten Kultureinrichtungen in Deutschland. Der Zuschußbedarf der Stiftung (1996: 372 Millionen Mark bei einem veranschlagten Haushaltsvolumen von insgesamt 386 Millionen) wird vom Bund, der die finanzielle Hauptlast trägt, und allen 16 Ländern nach einem komplizierten Schlüssel gedeckt.

Neben dem Sitzland Berlin ist Nordrhein-Westfalen, das in historischer wie finanzieller Hinsicht in besonderer Weise verbunden ist, wichtigstes Trägerland der bundesunmittelbaren Stiftung und engagiert sich seit jeher überproportional an deren Finanzierung. Nach einer vorläufigen Verständigung zwischen Bund und Ländern beteiligten sich die Länder 1995 und 1996 mit einem Festbetrag von jährlich 60 Millionen an Zuschußbedarf für den Betriebshaushalt (den Bauhaushalt finanzieren Bund und Berlin je zur Hälfte). Dazu übernimmt Nordrhein-Westfalen 1995 und 1996 je knapp elf Millionen. Inzwischen scheinen die Unsicherheiten über eine Neu-

ordnung der Finanzierungsbeteiligung der Länder ab dem Jahr 1997 beseitigt zu sein. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich nach langwierigen Verhandlungen (noch während des Aufenthalts der Landtagsdelegation in Berlin) verpflichtet, den auf sie entfallenden Zuschußbedarf von 60 Millionen jährlich weiterhin als Festbetrag (somit allerdings „gedeckelt“) zu übernehmen und damit die Weiterfinanzierung der Stiftung bis zum Jahre 2005 unter Beibehaltung des bisherigen Aufteilungsschlüssels zu sichern.

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Professor Dr. Werner Knopp, bestätigte den nordrhein-westfälischen Parlamentariern, die ihrem Anliegen auf vermehrte Präsentation der Sammlung in Nordrhein-Westfalen Ausdruck verliehen, daß der Stiftung weiterhin daran gelegen sei, das besondere Engagement Nordrhein-Westfalens durch entsprechende Präsenz zu würdigen. Mit immerhin 30 Ausstellungen, die die Stiftung in den letzten gut fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen (insbesondere mit den ständigen Präsentationen im Wissenschaftszentrum Bonn und den Ausstellungen im Schloß Cappenberg) organisiert habe, werde eindrucksvoll belegt, daß sich die Stiftung stark in NRW engagiere. In dem Gespräch wurde auch die nordrhein-westfälische Absicht erörtert, daß die SPK aufgrund unserer langjährigen überproportionalen Leistungen

in einem von Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellten museumsgerechten Gebäude Ausstellungen betreibt.

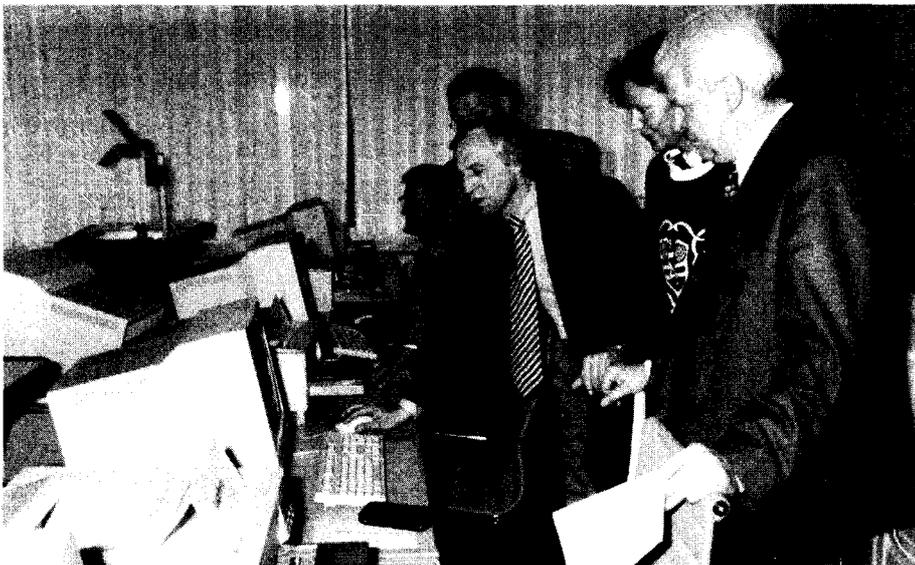
In seiner Darstellung der gegenwärtigen Situation der Stiftung wies Knopp auf Probleme im Personalbereich, bedingt durch die Stelleneinsparungsvorgaben des Bundes und durch fehlende Neueinstellungsmöglichkeiten infolge der Übernahme der Mitarbeiter aus den ehemals östlichen Sammlungen hin. Ein weiteres gravierendes Problem stelle die wegen ungenügender Baupolitik erforderliche Überprüfung und Streckung aller Baumaßnahmen und -vorhaben mit teilweise Planungsstillstand dar, die für wichtige Projekte der Stiftung weitreichende Folgen hätten. Ein Gelingen der Vereinigung sei aber nur möglich, wenn entsprechende bauliche Entwicklungen vollzogen seien. So seien besondere Problemfälle die Zusammenführung der Staatsbibliothek (Haus 1 — Unter den Linden, in dem dringend Grund- und Erstinstandsetzungsarbeiten erforderlich sind, und Haus 2 — Kulturforum), die nach Vorstellung der Stiftung in beiden Häusern verbleiben soll, sowie die mit unvorstellbarem Aufwand zu betreibende Sanierungsmaßnahmen auf der Museumsinsel.

Museumsbesuche

Die einigungsbedingten Aufgaben sind so gewaltig, daß sie nur über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten gelöst werden können. Um sich darüber ein eigenes Bild zu machen, führte der Kulturausschuß unter anderem Besuche im Neuen Museum und Pergamonmuseum auf der Museumsinsel (Generaldirektor der Staatlichen Museen Professor Dr. Wolf-Dieter Dube), bei der Staatsbibliothek zu Berlin im Haus 1 — Unter den Linden (Generaldirektor Dr. Antonius Jammers), beim Ägyptischen Museum in Charlottenburg mit der wiedervereinigten Armana-Sammlung (Direktor Dr. Dietrich Wildung) und im Kulturforum beim neuen Kupferstichkabinett (Direktor Professor Dr. Bernd Evers) sowie im Neubau der erst 1997 zur Eröffnung anstehenden Gemäldegalerie durch.

In Begleitung von Mitgliedern des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses von Berlin (Vorsitzender Dr. Dieter Biewald, CDU) lernte die Landtagsdelegation eine in Deutschland wohl einzigartige, vom Berliner Senat unterstützte kulturelle Einrichtung kennen: die „Druckwerkstatt im Bethanien“. Die aus einer Initiative des Berufsverbandes Bildender Künstler entstandene Werkstatt ist eine Arbeitsstätte für lokale und internationale Künstler in allen Bereichen künstlerischer Druckgrafik sowie zur Produktion von Katalogen und Plakaten mit entsprechenden Werkstätten, in denen die Künstler selbst und in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Werkstatt ihre Projekte verwirklichen können.

Die vielfältigen Eindrücke, die in Berlin und Potsdam gesammelt werden konnten, rundeten die nordrhein-westfälischen Parlamentarier mit einem Besuch der 1988 gegründeten Kulturstiftung der Länder in Berlin ab, über deren Aktivitäten zur Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur nationalen Ranges der Generalsekretär dieser Stiftung, Dr. Klaus Maurice, unterrichtete.



Das „Internet Café“, ein neues Service-Angebot der Landtagsverwaltung zur Einführung in das „Surfen“ im grenzenlosen Netz der Computer-Kommunikation, besuchten am Plenardonnerstag auch Abgeordnete, die nicht ohne Stolz den Kollegen bereits ihre eigene Homepage vorführen konnten, v. l. Hans Kern (SPD), Günter Langen (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD), Monika Brunert-Jetter (CDU), Adolf Retz (SPD). Foto: Schälte

Vor 50 Jahren wurde der Grundstein für ein neues Pressewesen gelegt

Fast alle Zeitungen in Nordrhein-Westfalen haben ihre Wurzeln in Lizenzen der britischen Besatzung

Von
Ute Erben

Der Nationalsozialismus hatte auch in der Presselandschaft deutliche Spuren hinterlassen. Nach zwölfjähriger zentraler politischer Lenkung und Kontrolle waren die Bedingungen für den Neuaufbau der deutschen Presse 1945 trotz des allgemeinen Nachrichtenhungers denkbar schlecht. Die Presse mußte das Vertrauen der skeptisch gewordenen Leser zurückgewinnen, ihre Nachrichten mußten wieder glaubwürdig werden. In Deutschland übernahmen die vier alliierten Sieger die Macht, das Land wurde in vier Zonen aufgeteilt. Die westlichen Besatzungsmächte sahen für den Neuaufbau der deutschen Presse drei Schritte vor.

Zunächst sollten alle Zeitungsbetriebe geschlossen und Informations- und Unterhaltungswesen verboten werden. In der zweiten Phase sollten Mitteilungsblätter der Alliierten herausgegeben werden. Anschließend sollten deutsche Zeitungen unter alliierter Kontrolle erscheinen. Beim Neuaufbau der deutschen Presse griffen die Alliierten bewußt nicht auf die Tradition des Zeitungswesens in Deutschland zurück. Sie verfolgten vielmehr die Absicht, völlig neu zu beginnen, die Presse vom Grunde her neu zu gestalten. So schufen die Besatzungsmächte die sogenannte „Lizenzpresse“. Gemeinsames Ziel der alliierten Lizenzpolitik war nicht nur, das deutsche Volk vom Nationalsozialismus und Militarismus zur Demokratie umzuerochen, sondern auch bewußt den Föderalismus zu fördern, indem zunächst lokale und regionale Presseorgane geschaffen und lizenziert wurden. Verleger und Journalisten, die während des nationalsozialistischen Regimes – auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP gewesen waren – an einer legal erscheinenden Zeitung gearbeitet hatten, schieden von vornherein für eine Lizenzträgerschaft aus. Diese dehnbare Regelung traf auch jene Verleger, deren Zeitungen von den Machthabern des Dritten Reiches früher oder später liquidiert worden waren. So wurde über die meisten „Altverleger“ praktisch Berufsverbot verhängt. Daraus folgte, daß ein Großteil der Lizenzträger aus pressefremden Berufen stammte. Gemeinsames Ziel der alliierten Lizenzpolitik war es auch, bewußt den Föderalismus zu fördern, indem – zunächst – lokale und regionale Presseorgane geschaffen wurden. Die Alliierten gingen bei der Vergabe der Lizenzen sehr verschieden vor. Da sich die Regierungen der Besatzungszonen an ihrem eigenen Presseleben, den eigenen Zeitungsstrukturen und politischen Grundlagen und Absichten orientierten, kam es zu einer unterschiedlichen Lizenzierungspraxis.

In der britischen Besatzungszone (die u. a. die jetzigen nordrhein-westfälischen Regionen Westfalen, Rheinland und das lippische Land umfaßte) ging die Lizenzierung eher zögerlich voran. Mit Ausnahme der „Aachener Nachrichten“, die als erstes antinationalistisches Presseerzeugnis bereits im Januar 1945, noch vor der Kapitulation, her-



Autorin Ute Erben mit Zeitungen der ersten Stunde: Westfälische Rundschau (Dortmund) und Rheinische Post (Düsseldorf). Foto: Schälte

auskam, erschienen innerhalb des Jahres 1945 keine weiteren deutschen Zeitungen im englischen Bereich. Erst zum Frühjahr 1946 – also vor genau 50 Jahren – erfolgten Zeitungslizenzierungen in schneller Folge. Im Gesamtbereich der Zone setzte im März und April 1946 eine wahre Flut von Lizenzierungen ein, wobei zum Teil erst Vorlizenzen ausgegeben wurden. Das dabei angewandte System unterschied sich beträchtlich von den Methoden der beiden anderen westlichen Besatzungsmächte. Die Briten genehmigten meistens parteigebundene Zeitungen, sogenannte „Parteirichtungszeitungen“ oder „Gesinnungszeitungen“. Die Politik zielte bewußt auf die Gründung vieler Zeitungen unterschiedlicher Couleur ab. Diese Blätter sollten den Standpunkt einer Partei vertreten, ohne von ihr abhängig zu sein. Die Lizenzen wurden deshalb nicht an die Parteiorganisationen selbst erteilt, sondern einem zuverlässigen Mitglied oder Sympathisanten der Partei übertragen. So unterschieden sich die „Parteirichtungszeitungen“ sehr wesentlich von den Parteizeitungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts bzw. der Weimarer Republik. Bewußt hatte die Militärregierung die Zeitungen nicht so eng an die politischen Parteien gebunden. Nach Meinung der Briten wäre die verlegerische und redaktionelle Tätigkeit stark gehemmt, wenn die Zeitungen an die Entscheidungen von Parteiinstanzen gebunden wären. Die Lizenzträger hatten allerdings dafür zu sorgen, daß die politischen Interessen der Partei in den Zeitungen berücksichtigt wurden. Lediglich in den bevölkerungsschwachen ländlichen Gebieten der britischen Zone, wo man nicht mehrere, verschiedenen Parteien nahestehende Zeitungen erscheinen lassen wollte, gab es auch Blätter mit der Richtungsbezeichnung „unabhängig“ oder „überparteilich“.

Am 26. Februar 1946 wurden die ersten britischen Lizenzen in Nordrhein und Westfa-

len u. a. für die „Aachener Volkszeitung“, die „Volksstimme“ (Köln), die „Rheinische Zeitung“ (Köln), die „Rheinische Post“ (Düsseldorf), die „Freiheit“ (Düsseldorf), die „Westfälische Rundschau“ (Dortmund) und die „Westfalen Zeitung“ (Bielefeld) überreicht. Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1949 genau 29 Zeitungen lizenziert. 1948 lizenzierten die Briten die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (Essen) nach. Im Gegensatz zum Beispiel zu den Amerikanern ließen die Briten mit der Lizenzierung sofort Konkurrenz aufkommen. Ab Mitte 1946 konkurrierten in fast allen Städten der britischen Zone drei bis fünf Zeitungen miteinander. Es gab in der britischen Zone mit Abstand die größte Ausgabenvielfalt. Spezifisch für die britische Zone war außerdem, daß dort die Papierzuteilung an die „Parteirichtungszeitungen“ proportional zu den Wahlergebnissen erfolgte. Insofern gab es keine freie Konkurrenz der Zeitungen untereinander.

Die Lizenzpresse war keine wirklich freie Presse. Es wurde ihr unter anderem nicht gestattet, sich frei über die Besatzungsmächte und deren Politik zu äußern. Die Zeitungen unterlagen zunächst der Vorzensur, die bald darauf durch eine Nachzensur abgelöst wurde. Jede Ausgabe war den Besatzungsbehörden noch am Erscheinungstag vorzulegen. Gelegentlich gab es für Zeitungen mit kritischer Berichterstattung gegenüber den Besatzungsmächten vorübergehend gekürzte Papierzuteilungen, so daß diese Zeitungen nur mit verringertem Umfang erscheinen konnten. Lizenzzwang, Vor- und Nachzensur verhinderten die Gründung und Verbreitung von Zeitungen, deren Gesamtrendenz nicht mit den Interessen des jeweiligen Siegerstaates übereinstimmte. So wichtig es in Deutschland nach dem Krieg war, ein demokratisches Pressewesen zu schaffen, so sehr dürfen die Schwächen der Lizenzpresse nicht übersehen werden. Die Aufhebung des Lizenzierungssystems erfolgte 1949. Danach wurde es auch den „Altverlegern“ möglich, nach langer Zwangspause ihre Zeitungen, die größtenteils im Dritten Reich ihr Erscheinen einstellen mußten, wieder herauszugeben.

Im Gebiet der alten Bundesrepublik gibt es heute kaum eine größere Zeitung, die nicht direkt ihre Wurzel in einer Lizenzzeitung aus den Jahren 1945 bis 1948 hat. Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, daß die Zeitungslandschaft der Bundesrepublik in ihrer Grundstruktur von der Lizenzpolitik der Besatzungsmächte geprägt worden ist.

Interessierte Leser können sich in folgender Literatur weiter zu diesem Thema informieren: Pürer/Raabe: „Medien in Deutschland“ Bd. 1; Fischer: „Parteien und Presse in Deutschland seit 1945“; Boll (Hrsg.): „Zeitungsland Nordrhein-Westfalen“; Meyn: „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland“; Maaßen: „Die Zeitung“; Oppenberg: „Publizistik im Wandel“; Dovifat (Hrsg.): „Handbuch der Publizistik“ Bd. 3.

SPD-Fraktion

„Bündnis für Arbeit“ verlangt offenen Dialog

Zu einem erneuten Erfahrungsaustausch trafen sich jetzt die IG-Metall-Mitglieder in der SPD-Landtagsfraktion mit den IGM-Betriebsleitern Harald Schartau und Norbert Wrobel. Die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit und die Sorge um die Gefährdung des Sozialstaates prägten das Gespräch im Landtag.

Der Abbau von Sozialleistungen, Unklarheiten um die Rente und die Ankündigung vieler Metallbetriebe, immer noch auch durch Personalabbau auf wachsenden ökonomischen Druck reagieren zu müssen, schaffe eine wirtschaftlich und sozialpolitisch gefährliche Gemengelage, berichtete der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Jentsch aus dem Gespräch. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen brauche industrielle Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund müsse das „Bündnis für Arbeit“ auch als Anstoß zu politischen Alternativen begriffen werden.

Die Gesprächspartner betonten, daß die dramatische Situation zu neuen Überlegungen in allen Bereichen zwingt. Das betreffe auch die Gestaltung künftiger Tarifverträge. Große Hoffnungen setzten die Gesprächsteilnehmer auf die vom Landtag beschlossene Enquête-Kommission zur „Zukunft der Erwerbsarbeit“. Themen seien die Ausbildungssituation ebenso wie etwa der Abbau von Überstunden und der Ausgleich von Überstunden in Freizeit. Ausbildungsverbände, unter Beteiligung des Landes, müßten bestehende Kapazitäten nutzen. Notfalls müsse auch ohne Übernahmeanspruch ausgebildet werden. Zudem müsse es in sehr viel größerer Zahl als heute Bündnisse geben zwischen Betrieben, Sparkassen und Banken. Kleinere Betriebe hätten oft mit einer zu geringen Kapitaldecke zu kämpfen. Einig waren sich die Gesprächspartner darin, daß ein offener Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften, Arbeitgebern und gesellschaftlichen Gruppen Voraussetzung dafür sei, den Wirtschaftsstandort Deutschland auszubauen, Arbeitsplätze zu sichern und neue Erwerbsarbeit zu schaffen.

★

Wir können nicht akzeptieren, wenn einige PKK-Anhänger mit äußerster Gewaltbereitschaft ihr Gastrecht in Deutschland mißbrauchen und mit hinterhältigen und kriminellen Methoden ihre Ziele gewaltsam und auf Kosten der Gesundheit unserer Polizei durchsetzen wollen.“ Das erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, nach der gewaltsamen Demonstration von PKK-Anhängern in Bonn. Sie verspielen damit in Deutschland durchaus vorhandene Sympathie für die Sache der Kurden und setzen ihre mit überwältigender Mehrheit friedlichen und demokratischen Landsleute bei uns immer mehr unter unerträglichen Druck.

CDU-Fraktion

Infrastruktur der Hochschulen sichern

118 Millionen Mark mehr sollen — so ein Antrag der CDU-Landtagsfraktion — zusätzlich in den Wissenschaftsetat des Landes für ein Sofortprogramm „Hochschülerneuerung und Forschungsförderung in Nordrhein-Westfalen“ aufgenommen werden. Dies bedeutet eine Steigerung des Hochschulsetats um fast drei Prozent. „Wir wollen in der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen“, kommentierte Manfred Kuhmichel, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, diesen Antrag.

Dieses Sofortprogramm, erläuterte Kuhmichel, solle die knapp bemessenen Hochschulbaumittel aus der Bund-Länder-Finanzierung ergänzen und vor allem in zwei Bereichen investiert werden. Mit 88 Millionen Mark sollen dringend notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen gefördert werden, damit die Hochschulinfrastruktur für eine ordnungsgemäße Lehre und Forschung gesichert bleibt. 30 Millionen sollen darüber hinaus in die Modernisierung der technischen und apparativen Ausstattung fließen, um zukünftige Leistung und Innovationsfähigkeit in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Lehre zu gewährleisten. Kuhmichel weiter dazu: „Dieses wichtige landeseigene Hochschulprogramm wird finanziert aus dem Verkaufserlös von einigen Landesbeteiligungen. Vor dem Hintergrund des großen Notstandes an den Universitäten und Fachhochschulen und dem immer wieder zitierten ‚Rohstoff Grips‘ ist es dringend erforderlich, neue Prioritäten zu setzen. Dazu gehören auch Umschichtungen im investiven Bereich zugunsten der nordrhein-westfälischen Hochschulen.“

Ehrenamt wird ausgehöhlt

„Das Ehrenamt kann so nicht mehr lange überleben.“ Mit diesen Worten kommentierte Dr. Annemarie Schraps, sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, die Abstimmung im Sportausschuß, bei der die SPD den CDU-Antrag abgelehnt hatte, zwei Millionen Mark mehr für die Aufwandsentschädigung der Übungsleiter in den Sportvereinen in den Haushalt aufzunehmen.

Damit werde die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen systematisch ausgehöhlt“, gab Dr. Schraps zu bedenken. Denn mittlerweile zahlten Krankenkassen oder Volkshochschulen den Sportübungsleitern soviel Geld, daß diese kaum noch bereit seien, sich ehrenamtlich für den Sportbetrieb in den Vereinen zu engagieren. Da die Vereine kaum über die Mittel verfügten, die Übungsleiter ähnlich gut zu entlohnen, sehe sie schwarz für die Zukunft der Sportvereine im Land.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Zeichen stehen auf GRÜN Verkehrswende ist machbar

In den Haushaltsverhandlungen konnten deutliche Signale hin zu einer Verkehrswende gesetzt werden. Das gilt insbesondere für den Bereich des Schienenverkehrs. Mit der Aufstockung der für die Förderung der Schienen vorgesehenen Haushaltsmittel, wird erstmals der Einstieg in das Konzept „Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene“ möglich. Diese Offensive, die die Bündnisgrünen schon seit Jahren vorantreiben, könnte mit dem Haushalt 1996 nun endlich Realität werden. Denn mit der von den Bündnisgrünen in den Verhandlungen durchgesetzten Erhöhung des Haushaltstitels von 6,4 auf 24,7 Millionen Mark werden ganz konkrete Projekte zur Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene finanziell gefördert.

Außerdem wird das Land durch den Haushalt 96 erstmals auch in die Lage versetzt, Maßnahmen gegen die Stilllegung zahlreicher Schienenstrecken in NRW einzuleiten. Zur Zeit sind 30 Bahnstrecken in NRW akut von der Stilllegung bedroht oder befinden sich bereits im Stilllegungsverfahren.

Durch den Landeshaushalt sind Mittel vorhanden, um die Streckensicherungskosten für zwei Jahre zu übernehmen. Damit wird Zeit gewonnen, um Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Betriebskonzepte für einzelne Strecken zu entwickeln. Denn der Erhalt der Schieneninfrastruktur ist die grundlegende Voraussetzung dafür, sinnvolle und attraktive Optionen für den Güterverkehr auch auf Nebenstrecken zu gewährleisten. Eine der wesentlichen Ursachen für die großen Schwierigkeiten bei der Erhaltung der wertvollen Schieneninfrastruktur in NRW liegt auch in der bundesgesetzlichen Ausgangslage nach der Bahnprivatisierung.

Die staatliche Verantwortung für Verkehrsinfrastruktur wurde nicht gewahrt. Durch die Übereignung der gesamten Schieneninfrastruktur an das neugegründete Unternehmen Bahn AG wurden — anders als in der Straßenverkehrsplanung — viele Strecken einer langfristigen, netzbezogenen Planung entzogen. Die Planung des Netzes — vor allem der Nebenstrecken wurde einer AG übereignet. Die Ansprüche der Gebietskörperschaften, die Erfordernisse der Länder, Netzplanungen für künftige Ringzugkonzepte, Stadtbahnkonzepte, all das wird abhängig von den Konzernentscheidungen der Bahn AG, die ein großes — und zweifelsohne auch legitimes — Ziel verfolgen: schwarze Zahlen zu schreiben.

Daß der Fahrweg nicht mehr in staatlicher Verantwortung liegt, ist ein Konstruktionsfehler der Bahnreform. Die Vernichtung von Verkehrsinfrastruktur darf aber nicht dazu dienen, die Bilanz des Unternehmens Bahn AG aufzubessern. Denn der Wert des Verkehrskapitals ist langfristig weit aus höher anzusetzen als der kurzfristige Gewinn aus dem Immobilienverkauf. Die Perspektive für die Erhaltung der Bahnnebenstrecken in NRW liegt also auf der Förderung der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen), als möglichen Betreibern der Nebenstrecken. Neben der Förderung der sog. Nicht bundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) wird das Land unter anderem folgende Projekte fördern:

- Übernahme der Strecke Plettenberg Oberstadt,
- Verlagerung der Kalksteintransporte von der Straße auf die Schiene von Warstein nach Beckum,
- Einrichtung eines Güter-Shuttles von Marl nach Köln-Eifeltor,
- Beschaffung von Spezialgüterwagen.

Mit dem 50 Millionen-Programm Citylogistik werden ebenfalls an einigen Standorten Verbindungen der Logistikzentren, Umschlagpunkte und Aufkommensschwerpunkte auf der Schiene geschaffen.

Beispiele Baumarkt und Staat Malaysia: Menschen können vom Tropenwald leben

„Tropenholz-Boykotteure auf dem Holzweg“, hat der SPD-Abgeordnete Hans Kern eine Kleine Anfrage an die Landesregierung überschrieben. Die Antwort fand ihren Niederschlag in einer Meldung in „Landtag intern“ vom 5. März. Da es sich indessen um ein komplexes Thema handelt, soll hier noch einmal auf die Anfrage des SPD-Politikers eingegangen werden. Zu der Überschrift war er im übrigen durch einen WDR-Fernsehbericht mit gleichem Titel angeregt worden. Kern verweist auf das Bemühen Malaysias im Kampf gegen Monokulturen der Ölpalmen seine tropischen Regenwälder zu bewirtschaften, zum anderen auf das riesige Angebot von Artikeln aus Tropenholz der englischen Firma B & Q, der größten Baumarktkette Europas.

Holzprodukte

Der Abgeordnete betont, Malaysia versuche zu beweisen, daß der Wald leben könne und die Menschen vom Wald leben könnten. Parallel dazu Sorge sich das Unternehmen B & Q wie kein anderes der Do-it-yourself-Branche um den Erhalt der Wälder, indem nur noch Holzprodukte angeboten würden, die nachweislich aus umweltschonend, nachhaltig bewirtschafteten Forsten stammten. B & Q folge damit einem Aufruf der Umweltschutzorganisation WWF. Seine Produkte hätten eine Bescheinigung der internationalen Dachorganisation FSC, die wie eine Art TÜV das ÖKO-Siegel vergebe. Hans Kern schließt sein Plädoyer für eine vorurteilsfrei Information über Tropenholz mit der Feststellung: „Nach meinen Beobachtungen gilt bei uns als umweltfreundlich, was nicht aus den Tropen kommt, also Kiefer und Kunststoff, gleichgültig, ob das zu Kahlschlägen in Kanada oder zu guten Absätzen von PVC-Fenstern führt“ (Drs. 12/426)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *56801#, FAX
884 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Sie ist jung, hübsch und ehrgeizig, konservativ und zielstrebig, in der Boulevardpresse wurde sie schon zur Miß Landtag gekürt. Mit 27 ist Tanja Brakensiek das jüngste Mitglied des nordrhein-westfälischen Parlaments. Zu ihrer eigenen Überraschung setzte sie die CDU im jüngsten Wahlkampf auf einen aussichtsreichen Listenplatz. Den Parteistrategen imponierte offenbar das unbekümmerte und forsche Auftreten der Dortmunder Juristin in verschiedenen kommunalen Gremien. Da ist es nur ein Schönheitsfehler, daß sie in der CDU-Diaspora Dortmund nur mager 22 Prozent Direktstimmen verbuchen konnte, selbst das allerdings, so betont die Abgeordnete, sei immerhin noch eine Steigerung von 1,5 Prozent gewesen.

Der Kampf um den Erhalt ihres Gymnasiums, das nach dem Willen der SPD-geführten Stadtspitze in eine Gesamtschule umgewandelt werden sollte, bedeutete für Tanja Brakensiek im Rückblick den aktiven Einstieg in die Politik. Die „Zwangsvorordnung von oben“ habe sie besonders empört, und so schloß sie sich einem Bürgerbegehren an, das im wesentlichen von der CDU organisiert wurde.

Das Elternhaus war konservativ geprägt, der Vater viele Jahre Mitglied der CDU, und so wurde auch Tochter Tanja 1990 Parteimitglied. Parallel zum Jurastudium in Bochum engagierte sie sich in diversen Bezirksgruppen der CDU und der Jungen Union, wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden der CDU in Dortmund-Eving sowie zur stellvertretenden Fraktionssprecherin in der Bezirksvertretung gewählt.

Nach dem Studium begann Tanja Brakensiek als wissenschaftliche Assistentin an der Uni Dresden. Doch als sie dann für den Landtag kandidieren durfte, stürzte sie sich zielstrebig in den Wahlkampf, warb für mehr Umweltschutz und konservative Bildungspolitik: Erhalt der Hauptschulen, Zurückdrängen der Gesamtschulen, kürzere Ausbildungs- und Studienzeiten. Dabei erlebte sie die strukturellen Grenzen ihrer eigenen Partei in ihrer Heimatstadt. Gerade bei älteren Dortmundern sei sie zwar gut angekommen, doch die hätten dann häufig erklärt: Wir wählen seit 50 Jahren SPD, das können wir doch wegen Ihnen nicht ändern.

Die CDU-Abgeordnete verkörpert einen Generationswechsel, in ihrer Partei wie auch im Landtag insgesamt. Die langatmigen Reden und Polemiken im Plenum stießen ihr von Anfang an unangenehm auf, solche Rituale tragen ihrer Meinung nach mit zur Parteiverdrossenheit bei, gerade bei jungen Leuten. Im Umweltausschuß will sie das Umweltprofil der Union schärfen helfen, plädiert für „ökologische Müllverbrennung“ und einen landesweiten Abfallwirtschaftsplan. Den Umweltausschuß hält sie für das wichtigste parlamentarische Beratungsgremium, weil dort die Grundlagen für die Zukunft gelegt würden.

Den Innenausschuß, in den sie als stellvertretendes Mitglied gewählt wurde, hält sie für ausgesprochen attraktiv. Mit den Themen rund um die Innere Sicherheit könne man die Menschen in besonderer Weise für Landespolitik interessieren.



Tanja Brakensiek (CDU)

Ihr umfangreichstes Betätigungsfeld wird allerdings zunächst der Rechtsausschuß sein. Nicht zuletzt bedingt durch ihr Jurastudium kann sie sich hier auch fachlich einbringen. In der Ernennung zur Beauftragten der Vollzugskommission der CDU sieht sie einen Vertrauensbeweis ihrer Fraktion. Bei ihren Besuchen in den Haftanstalten des Landes will sie demnächst verstärkt auch Kontakte zu Gefangenen suchen. In der Rechtspolitik wird die konservative Grundauffassung der CDU-Politikerin deutlich: Zu starke Liberalisierungstendenzen betrachtet sie mit Argwohn; der Gefangene müsse so sicher wie möglich untergebracht werden, die Haftstrafe solle Unrechtsbewußtsein entwickeln. Dann allerdings müsse der Gefangene auch wieder in die Gesellschaft integriert werden.

Konkrete politische Ziele für die erste Legislaturperiode fallen ihr zu vielen Themenbereichen ein: Im Umweltbereich eine Intensivierung der Kreislaufwirtschaft, mehr Computer in den Haftanstalten, um die Justizvollzugsbeamten zu entlasten, in der Bildungspolitik eine Schärfung der einzelnen Schulprofile. Ob der Einzug in den Landtag mit so jungen Jahren der Anfang einer politischen Karriere ist, darüber will Tanja Brakensiek gar nicht spekulieren. Ihre kommunalen Ämter hat sie weitgehend aufgegeben, sie will sich ganz auf ihre Landtagsarbeit konzentrieren. Neben ihrer politischen Arbeit hält sie weiterhin Kontakt zu Juristen, um „den Stoff nicht aus den Augen zu verlieren“; schließlich wolle sie sich nicht schon jetzt von der Politik abhängig machen, und die Arbeit als Anwältin kann sie sich auch gut vorstellen.

Tanja Brakensiek wirkt sympathisch und bodenständig. Sie lebt mit ihrer Mutter in Dortmund, geht oft mit ihren beiden Hunden joggen, liest gerne Max Frisch und Patrick Süskind, schwärmt für klassische Musik und David Bowie. Christliche Nächstenliebe ist für sie ein Lebensprinzip. Toleranz auch gegenüber dem politisch Andersdenkenden hat für sie einen hohen Stellenwert. Die fehlende Politikerfahrung wird der Parlamentsneuling durch jugendlichen Wissensdurst und den engagierten Willen nach Veränderung wettmachen.

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 21. bis 26. März 1996

21.3. **Dr. Hisham Hammad** (GRÜNE), 45 J.
26.3. **Irmgard Schmid** (SPD), 51 J.

★

Johannes Rau, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist auf dem 13. ordentlichen Landesparteitag der NRW-SPD in der Duisburger Mercatorhalle mit 291 von 312 abgegebenen Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt worden. 19 Delegierte stimmten mit Nein. Zwei enthielten sich. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Ministerin für Schule und Weiterbildung, **Gabriele Behler**, mit 234 Stimmen sowie der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, **Wolfgang Clement**, mit 263 Stimmen gewählt. Die Wahl der Schatzmeisterin fiel mit 266 Stimmen auf **Barbara Hendricks**. Dem neuen Vorstand gehören ferner aus dem Landtag die Abgeordneten **Ilse Ridder-Melchers**, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann (209), **Marc Jan Eumann** (205), **Bodo Champignon** (192), **Wolfram Kuschke** (173), **Hans Frey** (164), **Dr. Bernhard Kasperek** (160) und **Vera Dedanwala** (139) an.

★

Loke Mernizka und **Ernst-Martin Walsken**, beide SPD-Landtagsabgeordnete, sind als Nachfolger von **Jürgen Büssow** und **Professor Dr. Manfred Dammeyer** auf Vorschlag der SPD-Fraktion als Beisitzer in den Landeswahlausschuß gewählt worden. Im Falle von Walsken wurde die Nachwahl erforderlich, weil der Politiker Dammeyer zum Mitglied der Landesregierung ernannt worden war.

★

Richard Blömer (CDU), Landtagsabgeordneter, ist auf Vorschlag der CDU als Mitglied des Landtags in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ berufen worden. Die Nachberufung wurde durch das Ausscheiden des bisherigen Mitglieds **Dr. Jörg Twenhöven** (CDU) erforderlich.

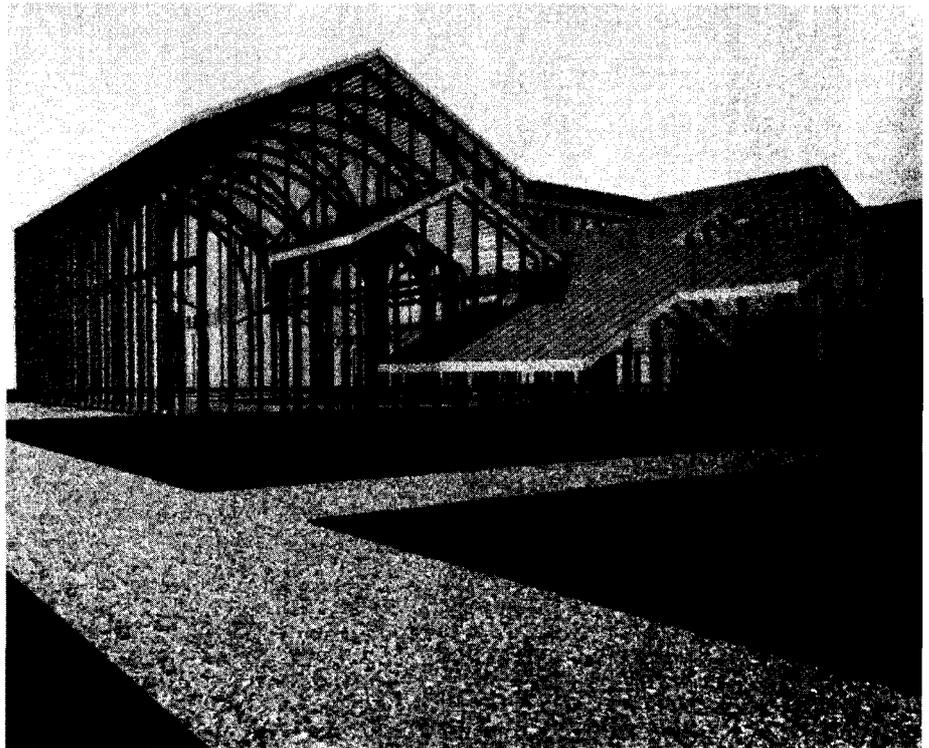
★

Robert Krumbein-Neumann (SPD) sowie **Lothar Hegemann** (CDU), beide Landtagsabgeordnete, sind als ordentliches bzw. stellvertretendes Mitglied auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und CDU in das Kontrollgremium gemäß § 23 des Verfassungsschutzgesetzes gewählt worden. Sie haben die Nachfolge der ehemaligen Abgeordneten **Jürgen Büssow** (SPD) und **Dr. Jörg Twenhöven** (CDU) angetreten, die die Ämter der Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Münster übernommen haben.

★

Elmar Brok, Europaabgeordneter aus Bielefeld, ist neuer Chef der ostwestfälischen CDU. Mit großer Mehrheit wurde er von den Delegierten eines Bezirksparteitages in Bielefeld gewählt. Brok ist Nachfolger des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, **Dr. Reinhard Göhner** aus Kirchlengern, der nicht mehr kandidiert hatte. Göhner wechselt im Herbst als neuer Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in die Kölner BDA-Zentrale.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Schutzbau über Xantener Thermen

Wer gerne auf den Spuren der Römer wandelt, dem sei für die Zeit um Weihnachten 1997 schon heute ein Tip gegeben. Nach den bisherigen Planungen soll zu dem Zeitpunkt der Schutzbau über den riesigen römischen Thermenanlagen im Archäologischen Park Xanten fertiggestellt sein. Nach den Planungen des Landschaftsverbandes Rheinland wird der Bau, auf dem Bild oben in Computersimulation, rund 7,9 Millionen Mark kosten. Den Besucherinnen und Besuchern soll dann ein informativer Gang durch eine der größten Anlagen ihrer Art nördlich der Alpen ermöglicht werden. Für den Schutzbau will man nur modernste Materialien verwenden, um jede Scheinrealität zu vermeiden. Keine Ziegel, keine Holzkonstruktion: Jeder Anschein soll vermieden werden, der an eine Rekonstruktion erinnern könnte. Der nun geplante Bau wird Größe und Form der alten Thermenanlagen nachvollziehbar und erlebbar machen. Entsprechend archäologischen Erkenntnissen wird im Innern die alte Tragkonstruktion der Thermen über Tonnen- und Kreuzgratgewölbe durch entsprechende Bögen nachgezeichnet. Raumabschlüsse sollen für den Betrachter sichtbar werden. Eine leichte Stahlkonstruktion ist dafür vorgesehen. Die Ausgrabungen werden Besucherinnen und Besucher über ein System von Stegen abwandern können. Wer nicht erst im nächsten Jahr, sondern bereits in diesem Frühling einen Abstecher nach Xanten machen möchte, dem sei ein Besuch im dortigen Regionalmuseum des LVR empfohlen. Bis zum 8. April findet in dem Museum die Ausstellung „Reiten für Rom – Berittene Truppen an der römischen Rheingrenze“ statt.

Bild: LVR

Kunstsammlung NRW besteht zehn Jahre

Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die ‚Staatsgalerie‘ des Landes, besteht zehn Jahre. Am 14. März 1986 war der Neubau der Kunstsammlung am Grabbeplatz in Düsseldorf eröffnet worden. Das Jubiläum wollen die Verantwortlichen mit Bürgerinnen und Bürgern am Sonntag, 17. März, ab 14

Uhr zehn Stunden lang bei freiem Eintritt in der Ausstellungshalle des Museums festlich begehen. Nach der Begrüßung durch Direktor Dr. Armin Zweite erfolgen Führungen und eine Malaktion. Auch Lyrik und Musik als Theater sind vorgesehen. Es spielt das Salonorchester Otto Licht.